


Winter 2025-26
ISSN 3052-5829

IRAN im DISKURS

Eskalierende
Krise
im Iran

Deutsche
Interessen im
Schatten der
Eskalation

A person is seen from behind, holding a large Iranian flag on a wooden pole. The flag features the traditional green, white, and red horizontal stripes with the national emblem in the center. The background is a dark, gradient sky, suggesting a sunset or sunrise. The overall mood is solemn and patriotic.

Spenden Sie für "Iran im Diskurs"

Iran im Diskurs ist mehr als eine Zeitschrift. Sie ist ein unabhängiges Forum für tiefgründige Analysen, authentische Stimmen und differenzierte Perspektiven. Für alle, die den Iran nicht nur beobachten, sondern in seiner ganzen historischen, politischen und gesellschaftlichen Komplexität verstehen wollen.

Wir stehen für inhaltliche Unabhängigkeit, geistige Standhaftigkeit und eine klare Haltung.

Mit Ihrer Spende tragen Sie dazu bei, *Iran im Diskurs* kontinuierlich zu verfassen und zu veröffentlichen. Sie helfen, einen Raum für kritisches Denken, für Sprache mit Haltung und für Stimmen mit Tiefe zu bewahren – gerade in Zeiten, in denen differenzierte Meinungen zunehmend unter Druck geraten.

Mit Ihrer Unterstützung stehen wir stark für Wahrheit und Standhaftigkeit.

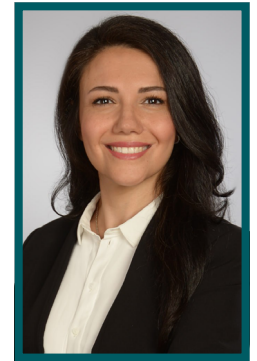


irandiskurs 

irandiskurs 

www.irandiskurs.de 

Iran am Rande des Zusammenbruchs und die Notwendigkeit, über eine Alternative nachzudenken



Elahe Ramandi

Der Iran befindet sich gegenwärtig in einer Situation, die als simultane und sich wechselseitig verstärkende Mehrfachkrise auf sämtlichen Ebenen beschrieben werden kann; eine Krise, die hinsichtlich ihrer Tiefe und Reichweite in den vergangenen fünf Jahrzehnten ohne Präzedenz ist.

Wirtschaftliche Destabilisierung, politische Legitimationsdefizite, ökologische Erosion, innere wie regionale Sicherheitsprobleme sowie die tiefe Entfremdung zwischen einem Staat mit historisch beispielloser Legitimitätskrise und der Gesellschaft erscheinen nicht länger als voneinander isolierte Problemlagen, sondern als Bestandteile einer strukturellen Gesamtkonstellation. Diese lässt sich nicht mehr als bloße Summe korrigierbarer Dysfunktionen interpretieren. Was sich gegenwärtig abzeichnet, ist keine vorübergehende Störung, sondern ein kumulativer Erosionsprozess, dessen Intensität kontinuierlich zunimmt.

Unter diesen Bedingungen lautet die zentrale Frage längst nicht mehr, ob die Islamische

Republik Iran kollabieren wird, denn die interne Reproduktionsfähigkeit des Systems ist erheblich geschwächt, und ein physischer Zusammenbruch des Regimes erscheint jederzeit möglich. Die entscheidende Problematik betrifft vielmehr den Zeitpunkt und die Modalität dieses Zerfalls. Folglich steht nicht das Überleben des Systems im Mittelpunkt der Analyse, sondern die Gestaltung und die Konsequenzen eines Übergangs in eine neue politische Ordnung.

Die Erfahrungen in der Region haben gezeigt, dass Zusammenbrüche autoritärer Ordnungen nicht zwangsläufig zur Etablierung einer säkularen und demokratischen Regierungsform führen. In Machtvakuum-situationen gewinnen regelmäßig jene Akteure die Oberhand, die über narrative Kohärenz, organisatorische Netzwerke und praktische Erfahrung in der Mobilisierung und Aneignung politischer Macht verfügen.

Im Iran haben sich während der vergangenen fünf Jahrzehnte theokratische und sicherheitsstaatliche Institutionen, insbesondere die Islamischen

Revolutionsgarden, nicht nur im politischen System, sondern ebenso in der Wirtschaftsstruktur und in den regionalen Machtbeziehungen tief verankert. Diese Machtkonzentration impliziert, dass im Falle eines Zusammenbruchs der zentralen Autorität das Auftreten einer neuen Variante des politischen Islam durch verbliebene Regimeakteure keineswegs ausgeschlossen ist.

Darüber hinaus ist der Iran in den geopolitischen Kontext des Nahen Ostens eingebettet, einer Region, in der in den vergangenen Jahrzehnten unterschiedliche ethnische Strömungen von externer Unterstützung durch regionale Akteure profitiert haben. Ein nicht gestalteter Kollaps könnte daher in eine Stellvertreterkonkurrenz externer Mächte münden und das Erstarken von Kräften begünstigen, die nicht den gesellschaftlichen Willen des Irans repräsentieren, sondern das Ergebnis ideologischer Organisationsfähigkeit, institutioneller Ressourcen, militärischer Kapazitäten und externer Unterstützung sind.

Ein solches Szenario würde selbst dann, wenn es keine unmittelbare sicherheitspolitische Bedrohung für den Westen darstellen sollte, langfristig dessen Interessen unterminieren und potenziell neue Migrationsbewegungen in Richtung westlicher Staaten auslösen.

Aus diesem Grund reduziert sich die „Iran-Frage“ für die westlichen Mächte nicht auf die Frage des Fortbestands oder des Endes der Islamischen Republik, sondern betrifft die Qualität der Ordnung, die im Anschluss an sie etabliert wird. Angesichts der geostrategischen Lage Irans hätte eine Destabilisierung des Landes nicht nur Auswirkungen auf die Energiesicherheit und die internationalen Transitkorridore, sondern ebenso auf die regionalen Sicherheitsbalancen. Selbst in dem Fall, dass keine unmittelbare sicherheitspolitische Bedrohung für Europa oder die Vereinigten Staaten entstünde, könnte die Herausbildung eines neuen

politisch instabilen Zentrums langfristig die wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen des Westens gefährden. Vor diesem Hintergrund ist die konzeptionelle Auseinandersetzung mit einer tragfähigen Alternative als eine präventive Notwendigkeit zu begreifen und nicht als eine nachträgliche Reaktion auf einen bereits eingetretenen Zusammenbruch.

Unter den wenigen derzeit erkennbaren Alternativen ist der Name des Kronprinzen Reza Pahlavi nicht lediglich als jener einer politischen Persönlichkeit zu verstehen, sondern als Fortführung einer spezifischen Tradition moderner Staatsbildung. Der Pahlavi-Staat stellte den ersten systematischen Versuch einer rechtlichen Säkularisierung und institutionellen Modernisierung nach westlichem Vorbild im Iran dar. Die Etablierung einer säkularen Gerichtsbarkeit, die Ausweitung der Bildung für Frauen, die Reform des Zivilrechts sowie die Begrenzung des Einflusses der Geistlichkeit im öffentlichen Raum bildeten zentrale Elemente dieses Projekts. Gerade dieser Modernisierungspfad mobilisierte islamistische und reaktionäre Kräfte sowie antiimperialistische und antiisraelische Strömungen gegen die damalige Ordnung.

Kronprinz Reza Pahlavi steht in der Kontinuität dieser historischen Tradition, die darauf zielte, moderne und demokratische Wertvorstellungen in die staatliche Struktur und die politische Kultur Irans zu integrieren. Die Relevanz dieses Hintergrunds liegt darin, dass im Übergangsprozess die Verbindung zwischen institutioneller Kontinuität und normativem Zukunftshorizont von entscheidender Bedeutung ist. Hinzu kommt, dass er nahezu fünf Jahrzehnte im Westen gelebt hat und über unmittelbare Erfahrung mit liberal-demokratischen Systemen verfügt.

Seine öffentlich artikulierten Positionen betonen Säkularismus, Rechtsstaatlichkeit, bürgerliche Gleichberechtigung und die Rückbindung der



künftigen Staatsform an den Volkswillen durch ein Referendum. Er vertritt weder eine religiöse Ideologie noch ein antiwestliches Projekt, sondern hat sich ausdrücklich als Befürworter liberaler Werte positioniert.

Ein erfolgreicher Übergang setzt mindestens drei Voraussetzungen voraus:

- Erstens die Fähigkeit einer Übergangsführung und ihrer organisatorischen Struktur, gesellschaftliche Kräfte wirksam zu mobilisieren.
- Zweitens das Vorliegen eines kodifizierten und institutionell durchdachten Programms für die Phase nach dem Zusammenbruch der Islamischen Republik, um ein Machtvakuum sowie das Abgleiten des Landes in chaotische Zustände zu verhindern.
- Drittens die normative Anschlussfähigkeit der Übergangskräfte an internationale Standards und an den Gesamtzusammenhang westlicher Wertordnungen.

Die strategische Kernfrage für den Westen lautet daher, welche iranischen Oppositionskräfte in einer Übergangssituation unterstützt werden sollen und welches Konzept für die Phase nach dem Zusammenbruch existiert. Untätigkeit oder passives Abwarten könnten den Aufstieg von Akteuren begünstigen, die weder mit den normativen Präferenzen der iranischen Gesellschaft übereinstimmen noch mit den langfristigen Interessen des Westens kompatibel sind.

Demgegenüber könnte eine kalkulierte Unterstützung jener Kraft, die sowohl gesellschaftliche Resonanz im Iran besitzt als auch keinen Widerspruch zu liberal-demokratischen Grundwerten aufweist, dazu beitragen, den Iran in einen Staat zu transformieren, der nicht länger

Krisenherd, sondern Stabilitätsfaktor und Partner Europas in der Region ist.

Mit seiner gebildeten Bevölkerung und seiner historischen Erfahrung mit Modernisierungsprozessen verfügt der Iran grundsätzlich über das Potenzial, zu einem Träger moderner Werte im Nahen Osten zu werden, vorausgesetzt, der politische Übergang wird von einer Kraft gestaltet, die nicht ideologisch motiviert oder von Ressentiments geleitet ist, sondern national orientiert und säkular ausgerichtet handelt.

Aus dieser Perspektive geht es nicht ausschließlich um den Austausch eines Regimes, sondern um die nachhaltige Umstrukturierung eines politischen und ideologischem Wertesystems mit demokratischen Kräften. Sollte der Übergang unvermeidlich sein, so stellt die Entscheidung zwischen radikaler Instabilität und einer säkularen, gesellschaftlich anschlussfähigen Ordnung eine Weichenstellung dar, die nicht nur die Zukunft des Irans, sondern auch das regionale Gleichgewicht im Nahen Osten sowie die langfristigen Interessen des Westens positiv prägen wird.

E. Ramandi

Solidarität der Exil-Iraner mit den Protesten
im Iran - 14. Februar 2026, Kanada



Inhaltsverzeichnis

Dr. M Mahdi Amiri

**Anzeichen innerstaatlicher Gewalt in Iran:
Perspektiven und Implikationen für Europa**

8

Maryam Banihashemi

Irans Krise als Glaubwürdigkeitsprüfung für Europa

16

A. M. *

**Die zukünftige nationale Sicherheit Irans – eine
Initiative für den Frieden**

22

Dr. Ardavan M. Khoshnood

**Die wachsende Bedrohung Europas durch die
Islamische Republik Iran**

30

Mahmoudreza Momeni, Ph.D

**Irans Wasserüberkrise: Folge fehlerhafter territorialer
Governance**

38

Dr. Aidin Panahi

**Die Vorbereitung auf den politischen Übergang in
Iran: Warum Deutschland und Europa jetzt mit der
Handelsplanung beginnen sollten**

Argumente für Investitions- und Handelsbereitschaftsplanung

44

Dr. Nima Ghasemi

**Krise als Schicksal:
Alles bereit für Garnisonsstaaten**

52

Impressum

»Iran im Diskurs« wird vom Verein
Iranische Liberale Frauen e.V.
herausgegeben.

ISSN 3052-5829

Chefredakteurin:

Elahe Ramandi

Redaktionsberater:

Dr. Ardavan M. Khoshnood

Dr. M Mahdi Amiri

Dr. Nima Ghasemi

Übersetzerinnen:

Elahe Ramandi

Haleh Hossein Ramandi

Layout & Gestaltung:

Mohsen Hadavi

Covergestaltung:

Sara Namjoo

Art Direction:


Bozorgmehr Khorsand *

Kontakt:

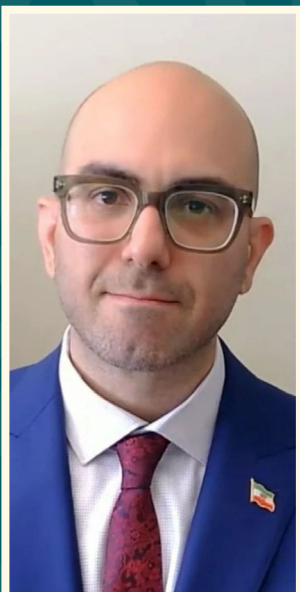
<https://irandiskurs.de/>

info@irandiskurs.de

* Die Identitäten einiger Experten aus dem Iran bleiben anonym, und es werden stattdessen Pseudonyme verwendet.



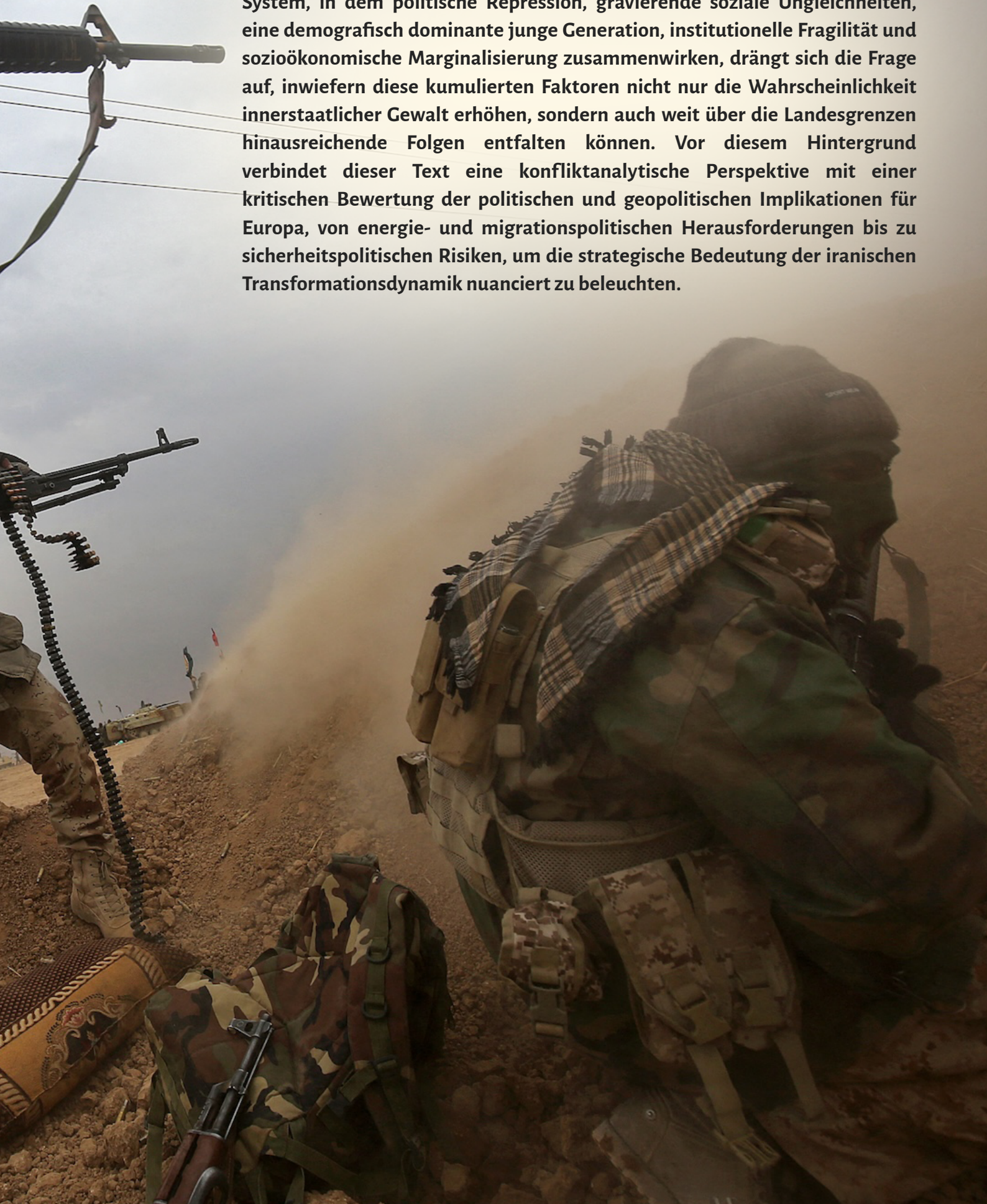
Anzeichen innerstaatlicher Gewalt in Iran: Perspektiven und Implikationen für Europa



Dr. M Mahdi Amiri,

geboren im US-Bundesstaat Missouri, absolvierte sein Grundstudium in Chicago und erlangte später seinen Bachelor-Abschluss in Politikwissenschaft an der Allameh-Tabataba'i-Universität in Teheran. An der Tarbiat-Modares-Universität schloss er sein Masterstudium im Bereich „Politisches Denken im Islam und im Westen“ ab. Nach den politischen Unruhen im Jahr 2009 erhielt er ein Vollstipendium von der University of Texas und erwarb dort seinen zweiten Masterabschluss in Politikwissenschaft. Schließlich promovierte er im Jahr 2023 an der University of North Texas in Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Vergleichende Politik und politisches Denken. An der University of Texas war er ein enger Schüler von Richard Ruderman und Steven Forde – beide Assistenten und Schüler von Allan Bloom – und studierte bei ihnen die grundlegenden Werke des westlichen politischen Denkens. Im Bereich der vergleichenden Politikwissenschaft erlernte er die Theorien des Bürgerkriegs bei David Mason, einem der führenden Experten für Bürgerkrieg in den USA. Die Forschungsinteressen von Dr. Amiri umfassen das vergleichende politische Denken, die politische Philosophie Machiavellis, Studien zur politischen Korruption sowie Theorien über Bürgerkrieg und politische Gewalt.

Innerstaatliche Gewalt ist kein abstraktes Risiko, sondern eine real drohende politische Dynamik, und im Fall des Iran deuten die Zeichen auf eine tiefgreifende strukturelle Krise in einem Mass, das klassische Konflikttheorien als Warnindikator für Eskalation ausweisen. In einem System, in dem politische Repression, gravierende soziale Ungleichheiten, eine demografisch dominante junge Generation, institutionelle Fragilität und sozioökonomische Marginalisierung zusammenwirken, drängt sich die Frage auf, inwiefern diese kumulierten Faktoren nicht nur die Wahrscheinlichkeit innerstaatlicher Gewalt erhöhen, sondern auch weit über die Landesgrenzen hinausreichende Folgen entfalten können. Vor diesem Hintergrund verbindet dieser Text eine konfliktanalytische Perspektive mit einer kritischen Bewertung der politischen und geopolitischen Implikationen für Europa, von energie- und migrationspolitischen Herausforderungen bis zu sicherheitspolitischen Risiken, um die strategische Bedeutung der iranischen Transformationsdynamik nuanciert zu beleuchten.



Dieser Artikel stützt sich auf die wissenschaftliche Literatur zu innerstaatlichen Konflikten und auf empirische Daten, um Indikatoren und Variablen zu analysieren, die die Wahrscheinlichkeit innerstaatlicher Gewalt in Ländern erhöhen. Obwohl der Fall Iran in den letzten Jahren überwiegend auf nationaler Ebene und aus der Perspektive iranischer politischer Akteure untersucht wurde, muss berücksichtigt werden, dass die Folgen einer innerstaatlichen Krise in Iran über die Landesgrenzen hinausreichen und Europa als indirekter Nachbar sowie wirtschaftlicher und politischer Partner der Region stark betroffen sein wird.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs haben sich weltweit mehr als 259 bedeutende innerstaatliche Konflikte in 159 Ländern ereignet, wobei sich diese Situation nach dem Zerfall der Sowjetunion weiter verschärft hat (Gleditsch et.al 2016). Während im Jahr 1960 die Wahrscheinlichkeit, dass ein Land in einen Bürgerkrieg gerät, bei 9 Prozent lag, stieg diese Wahrscheinlichkeit bis 1990 auf 18 Prozent (ebd.), was einem Wachstum von 100 Prozent entspricht. Dieser Trend stellt nicht nur für Länder wie Iran eine Warnung dar, sondern hat auch direkte Auswirkungen auf regionale und globale Akteure.

Im Falle des Ausbruchs innerstaatlicher Gewalt in Iran würde Europa mit Herausforderungen konfrontiert, darunter ein Anstieg von Migrationsströmen, die Destabilisierung der Energiemärkte, die Zunahme radikaler Gruppen sowie transnationale Sicherheitsbedrohungen. Diese Besorgnis wird durch Daten wie die Zunahme von 11,5 Prozent der vertriebenen

Bevölkerung in der ersten Jahreshälfte 2024 unterstrichen, was die Notwendigkeit verdeutlicht, Europa auf solche Szenarien vorzubereiten (ICMPD, 2025).

Solche alarmierenden Statistiken sowie die jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten verdeutlichen, dass für Europa kein Zweifel bestehen kann: Länder, die strukturelle Bedingungen für Bürgerkriege aufweisen, sind weder „Ausnahmen“ noch lassen sie sich durch kulturelle oder historische Begründungen als krisensicher darstellen. Iran stellt genau einen solchen Fall dar und weist einen großen Teil der Variablen auf, die in anerkannten politikwissenschaftlichen Studien als notwendige Bedingungen für den Ausbruch innerstaatlicher Gewalt identifiziert wurden. Das Ignorieren dieser Realität und die Betrachtung Irans als „Sonderfall“ oder als kulturell fundamental anderes Land ist weniger eine realistische Analyse als eine Wunschvorstellung und bedeutet, ein Modell zu übersehen, dessen Wirksamkeit in zahlreichen anderen Staaten empirisch nachgewiesen wurde. Feldforschung und empirische Studien warnen frühzeitig davor, unter welchen Bedingungen Staaten in Richtung innerstaatlicher Gewalt drifteten und welche Maßnahmen eine Eskalation verhindern können.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die Diskussion für Europa besondere Bedeutung: werden die Warnsignale ignoriert, werden die daraus resultierenden Kosten nicht nur von der iranischen Bevölkerung getragen, sondern treffen auch Europa direkt – von Energie- und Wirtschaftsfragen bis hin zu Migration und innerer Sicherheit. Ziel dieses Artikels ist es genau, auf Grundlage der verfügbaren Daten und empirischen Modelle aufzuzeigen, dass Iran an der Schwelle zu einer besonders riskanten Phase steht und dass die europäische Untätigkeit gleichbedeutend ist mit der Missachtung einer Bedrohung, die unmittelbar die Interessen und die Sicherheit des Kontinents betrifft.

Wenn Europa einen vollumfänglichen Krisenausbruch in seiner Nachbarschaft verhindern will, ist es notwendig, eine aktive Politik zur Unterstützung eines friedlichen politischen Übergangs und der Etablierung eines handlungsfähigen Nationalstaates in Iran zu verfolgen.

Einflussfaktoren auf den Ausbruch innerstaatlicher Konflikte und die Lage im Iran

Auf Grundlage der in den Politikwissenschaften verfügbaren Modelle und empirischen Daten zu innerstaatlichen Konflikten

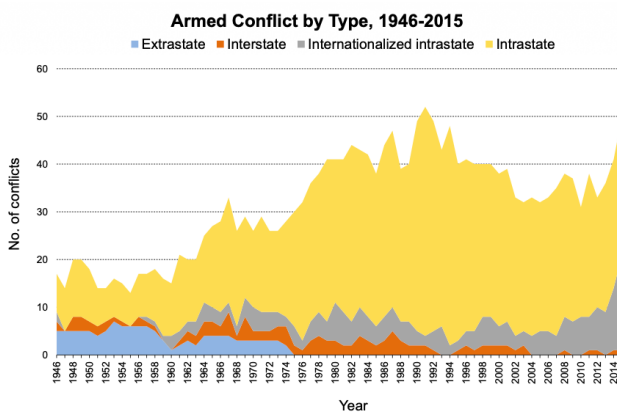


Abb. 1 Bewaffnete Konflikte nach Typ, 1946–2015 (UCDP/PRIO Armed Conflict Dataset).¹

Anmerkung: Eigene Darstellung auf Grundlage von Gleditsch et al. 2002 sowie Melander et al. 2016.

Anmerkung: Das UCDP unterscheidet zudem extrastaatlische bewaffnete Konflikte, definiert als bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen einem Staat und einer nicht souveränen Entität außerhalb der Staatsgrenzen dieses Staates etwa einer Kolonie. Da dieser Konfliktyp seit 1975 nicht mehr aufgetreten ist, wird er in diesem Artikel nicht weiter behandelt.

1 https://www.researchgate.net/figure/Armed-conflict-by-type-1946-2015-UCDP-PRIO-Armed-Conflict-Dataset-Note-Based-on_fig1_319576292

erfüllt Iran sämtliche Variablen, die den Ausbruch eines Bürgerkriegs begünstigen, und befindet sich an der Schwelle zu innerstaatlicher Gewalt. Forschende im Bereich innerstaatlicher Konflikte sind sich bewusst, dass Daten in modernen sozialwissenschaftlichen Modellen keine mathematische Gewissheit liefern, jedoch erlaubt die wichtigste Anwendung – die Annäherung – eine Vorhersage potenzieller Krisen und kann so deren Eintreten verhindern.

Sollte es nicht zu einem grundlegenden Wandel im Verhalten der Herrschaftselite kommen – wobei die meisten Analysen davon ausgehen, dass ein solcher Wandel äußerst unwahrscheinlich ist – befindet sich Iran nicht nur in einer gefährlichen Lage bezüglich Gewalt und Konflikten, sondern in einem Zustand, der als Bürgerkrieg interpretiert werden kann. Die in den letzten Jahren zunehmenden Proteste stellen eine frühe Warnung dar, die bei fortgesetzter Repression aller Wahrscheinlichkeit nach in gewalttätigere Formen eskalieren wird.

Ein besonders aufschlussreicher Befund aus der Literatur zu innerstaatlichen Konflikten betrifft den Status und die Rechte von Frauen in Verbindung mit der Wahrscheinlichkeit innerstaatlicher Gewalt. Studien zeigen, dass Geschlechtergleichstellung zu den stärksten Indikatoren für das Auftreten oder Ausbleiben innerstaatlicher Gewalt zählt. Je größer die sozialen und politischen Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen sind, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass Gewalt oder innerstaatliche Konflikte ausbrechen (Caprioli, 2005).

Die Verbindung zwischen Geschlechterungleichheit und Bürgerkrieg lässt sich erklären, ohne tiefer in die Wahrscheinlichkeitsrechnung einzusteigen: Die Stärke der unabhängigen Variablen (Frauenrechte, Geschlechterungleichheit etc.) wirkt auf die abhängige Variable (hier: Krieg oder innerstaatliche Gewalt) und kann von intervenierenden Variablen beeinflusst werden. In Ländern mit ausgeprägter Geschlechterungleichheit herrscht in der Regel eine restriktive politische Kultur, begrenzte materielle Ressourcen, geringe Arbeitsmöglichkeiten, sowie ineffektive zivile und strafrechtliche Institutionen, die die Bürgerrechte nicht schützen können.

Die Variable „Frauenrechte“ aggregiert demnach zahlreiche andere strukturelle Faktoren. In diesem Zusammenhang zeigt Iran weltweit einen der schlechtesten Werte. Hinsichtlich der Geschlechterungleichheit rangiert Iran auf allen internationalen Rankings unter den Ländern mit den größten Defiziten und ist vergleichbar mit kriegsbetroffenen Staaten (The Global Gender Gap Report 2017).

Ein weiterer entscheidender Faktor für den Ausbruch von Bürgerkriegen und innerstaatlicher Gewalt ist ethnische und religiöse Diversität. In den meisten innerstaatlichen Konflikten spielen ethnische Gruppen und identitäre Gemeinschaften eine signifikante Rolle. Diese Rolle resultiert jedoch nicht zwingend aus direkter ethnischer Unterdrückung, sondern entsteht häufig aus ineffizienten politischen Strukturen und generellem Druck auf die gesamte Bevölkerung. Im Iran wird Repression generell und umfassend auf die gesamte Gesellschaft angewendet, ohne dass einzelne Gruppen oder Ethnien davon ausgenommen sind. Gleichzeitig schaffen genau diese umfassenden Strukturen der Diskriminierung sowie das Fehlen funktionierender zivilgesellschaftlicher Institutionen und freier Parteien jedoch einen Nährboden für die Mobilisierung ethnonationalistischer Diskurse innerhalb bestimmter Gruppen. Dieser Aspekt ist besonders relevant, da selbst wenn alle Menschen gleichermaßen unter einem ineffizienten System leiden, ethnische und religiöse Gruppen aufgrund stark verankerter kollektiver Identitäten in Krisenzeiten zu Mobilisierungszentren für Protest und Widerstand werden können.

Das primäre Risiko liegt daher nicht in direkter ethnischer Unterdrückung, sondern in der Kombination aus generellem gesellschaftlichem Druck, ethnonationalistischen Potenzialen und religiösen Spaltungen. Besonders die Schiiten-Sunniten-Grenze und die Existenz mehrerer ethnischer Gruppen, die in der Vergangenheit separatistische oder identitätsbasierte Parolen propagierten, könnten im Falle weitreichender Unruhen Iran zu einem komplexeren und risikoreicheren Schauplatz machen als viele andere Länder der Region.

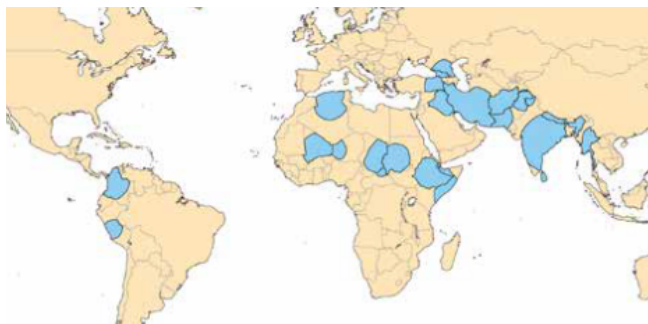
Ein weiterer entscheidender Faktor für den Ausbruch innerstaatlicher Gewalt ist das Niveau der innerstaatlichen Repression kurz vor einem möglichen Konflikt. In diesem Bereich existieren zahlreiche Studien, die den Zusammenhang zwischen der Stärke der Repression und der Wahrscheinlichkeit des Ausbruchs eines Bürgerkriegs untersuchen, unter der Annahme, dass andere Variablen konstant bleiben. Es ist bekannt, dass das Niveau der innerstaatlichen Repression gemäß verschiedenen Modellen der Bürgerkriegsprognose einen signifikanten Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit von Gewalt hat. Allerdings haben einige Studien gezeigt, dass mittleres Maß an Repression – im Vergleich zu totaler Unterdrückung – sogar schädlicher sein kann, da es Mobilisierungsmöglichkeiten der Opposition schafft (Piazza, 2013). Mit anderen Worten, totale Repression könnte weniger destabilisieren als partielle, inkonsistente Repression.



Unabhängig vom Niveau der Repression gilt jedoch: jegliche Form der Unterdrückung erhöht die Wahrscheinlichkeit innerstaatlicher Gewalt im Vergleich zu einer Situation ohne Repression.

Iran stellt in diesem Zusammenhang einen besonders interessanten Fall dar, da das Repressionsniveau dort inkonsistent, unregelmäßig und fragmentiert ist. Die Islamische Republik operiert weder mit der totalen, strategischen Repression klassischer westlicher totalitärer Regime – etwa faschistischer Regime in Deutschland oder Italien – oder der Repression der ehemaligen Staaten des Ostblocks, noch greift sie auf die selektive, rechtlich gerahmte Repression zurück, wie sie in modernen Demokratien üblich ist.

Das Ergebnis ist eine doppelte Dynamik: Einerseits erzeugt die weitreichende, aber ineffektive Repression Unzufriedenheit; andererseits erlaubt die unzureichende Effektivität der Unterdrückungsmaßnahmen die gelegentliche Entladung von Protesten. Anders formuliert, Proteste und Unzufriedenheit brechen periodisch auf, weil die Repression weder kohärent noch vollständig durchgesetzt wird.



Gewalttätige Konfliktregionen weltweit (Karte basierend auf Daten von Hallberg 2012 in Mason and Mitchell)

Ökonomische und politische Struktur als Variablen für den Ausbruch innerstaatlicher Gewalt

Eine weitere Variable, die in neueren Studien zum Ausbruch von Bürgerkriegen diskutiert wird, ist die Stärke bzw. Schwäche der wirtschaftlichen und politischen Strukturen eines Regimes. Politische Systeme mit schwachen wirtschaftlichen Strukturen, die nicht in der Lage sind, Güter und Ressourcen effizient oder gerecht an ihre Bevölkerung zu verteilen, schaffen materielle Gründe und Gelegenheiten für Unzufriedenheit. In vielen Ländern wurde beobachtet, dass politische Repression teilweise durch wirtschaftliche Wohltaten kompensiert werden kann. Wenn jedoch Repression und materielle Knappheit gleichzeitig auftreten, entsteht eine Situation, die als prädiktiv

für Katastrophen im Kontext innerstaatlicher Gewalt gilt.

Ein weiterer wichtiger Faktor, der in der Literatur zu Bürgerkriegen hervorgehoben wird, ist die geopolitische Lage eines Landes in Bezug auf benachbarte Staaten. Länder, die sich in unmittelbarer Nähe zu schwachen Staaten oder Staaten mit konfliktbelasteten Beziehungen befinden, weisen ein höheres Risiko für den Ausbruch und die Verlängerung von innerstaatlichen Konflikten auf, wie numerische Modelle der Bürgerkriegsliteratur zeigen. Der Mechanismus ist nachvollziehbar: feindlich gesinnte Nachbarstaaten erhöhen die Wahrscheinlichkeit von materieller Unterstützung für oppositionelle Gruppen innerhalb des Landes, während schwache Nachbarn häufig nicht über die Kapazität verfügen, solche Unterstützung zu verhindern. Ein anschauliches Beispiel hierfür ist die Rolle Irans, Saudi-Arabiens und des Irak in den Konflikten in Syrien und im Jemen, wo externe Akteure sowohl Konfliktdynamiken verschärften als auch die Dauer und Intensität der Gewalt verlängerten.

In der Forschung zu innerstaatlichen Konflikten wird selbst die Geographie eines Landes als unabhängige und messbare Variable betrachtet, die zur Vorhersage der Wahrscheinlichkeit und Intensität innerstaatlicher Gewalt herangezogen werden kann. So gilt ein Land mit schwer zugänglichen Regionen, wie etwa Afghanistan, im Allgemeinen als besonders anfällig für Bürgerkriege im Vergleich zu einem flachen und leicht zugänglichen Staat. Die Gesamtbefunde der innerstaatlichen Konfliktforschung zeigen, dass Länder mit ausgedehnten Gebieten und einer topographischen Vielfalt – insbesondere bergiges und bewaldetes Terrain – potentiell mehr Möglichkeiten für interne Konflikte bieten. Beispiele hierfür sind der Bürgerkrieg in Kolumbien, das Ereignis von Sialkhal in Iran sowie die schwer zugänglichen Regionen Perus, die als Operationsgebiete der „Leuchtenden Pfad“-Gruppe dienen. Alle diese Fälle unterstreichen die Bedeutung der Geographie als eine der maßgeblichen Variablen, die das Auftreten und die Dynamik innerstaatlicher Gewalt beeinflussen.

Die empirische Bürgerkriegsforschung zeigt, dass die Abhängigkeit von einem einzelnen Wirtschaftsprodukt oder von begrenzten Exportgütern als zentrale Staatseinnahmequelle eine signifikante erklärende Variable für das Risiko innerstaatlicher Konflikte darstellt (Thies 2010). Dieser Zusammenhang kann – ähnlich wie bei geschlechtsspezifischer Ungleichheit – durch intervenierende Variablen vermittelt sein. Die Wirkung der unabhängigen Variable (Rentierwirtschaft) entfaltet sich über spezifische kausale Mechanismen. So sind rentenabhängige Staaten weniger auf steuerliche Rechenschaftsbeziehungen gegenüber ihrer Bevölkerung



angewiesen, während gleichzeitig Korruptionsanfälligkeit und klientelistische Verteilungsstrukturen zunehmen können. Unabhängig vom genauen kausalen Mechanismus gilt als empirisch gut belegt, dass ressourcenreiche Rentierstaaten ein höheres Risiko gewaltsamer innerstaatlicher Konflikte aufweisen als ökonomisch diversifizierte Staaten mit starkem Privatsektor und ohne unmittelbaren staatlichen Zugriff auf strategische Rohstoffe (Benjamin 2016).

Eine weitere zentrale erklärende Variable in der vergleichenden Konfliktforschung ist der Regimetyp im Vorfeld eines Bürgerkriegs. Aufbauend auf der "Democratic Peace Theory" argumentieren zahlreiche Studien, dass demokratische Systeme nicht nur untereinander seltener Krieg führen, sondern auch innerhalb ihrer eigenen Grenzen signifikant geringere Wahrscheinlichkeiten für gewaltsame innere Konflikte aufweisen. Der überwiegende Anteil innerstaatlicher Kriege ereignet sich demnach in autoritären oder hybriden Regimen.

Zu den weiteren Variablen, denen in der Bürgerkriegsforschung erhebliche Bedeutung beigemessen wird und die ein Land mit hoher Wahrscheinlichkeit in Richtung innerstaatlicher Gewaltkonflikte drängen können, zählt die Vorgeschichte externer bewaffneter Auseinandersetzungen, also zwischenstaatlicher Kriege. Empirische Studien zeigen, dass Staaten, die kürzlich in militärische Konflikte mit anderen Ländern verwickelt waren oder einen kostenintensiven und politisch ergebnislosen Krieg erlebt haben, ein signifikant erhöhtes Risiko aufweisen, in einen Bürgerkrieg abzugleiten. Dies gilt insbesondere für autoritäre Regime, die externe Kriege führen. Aufgrund der Schwächung sicherheitspolitischer Institutionen sowie des Legitimationsverlustes staatlicher Herrschaft sind solche Staaten in den Jahren nach einem außenpolitischen Konflikt in besonderem Maße anfällig für innerstaatliche Gewalt. Militärische Niederlagen, erhebliche fiskalische Belastungen und der Erosionsprozess politischer Legitimität im Anschluss an einen Krieg zählen zu den zentralen Faktoren, die bewaffneten nichtstaatlichen Akteuren erweiterte Handlungsräume eröffnen oder zivile Oppositionsgruppen zur Militarisierung ermutigen (Buhaug et al. 2011). Die Islamische Republik hat seit ihrer Gründung zwei kostenintensive und sicherheitspolitisch hochriskante externe Kriege verursacht, deren jeweilige Folgen sowohl die ökonomische Struktur des Landes als auch die politische Legitimität des Regimes im Vergleich zur Vorkriegsphase nachhaltig geschwächt haben.

Eine junge Bevölkerungsstruktur kann einerseits als demographische Dividende wirken und wirtschaftliche Entwicklung, Innovation und gesellschaftliche Transformation vorantreiben. Andererseits erhöht ein ausgeprägter

Jugendüberhang unter restriktiven politischen und prekären ökonomischen Bedingungen die Wahrscheinlichkeit kollektiver Mobilisierung gegen die bestehende Herrschaftsordnung.

Quantitative Untersuchungen zu innerstaatlichen Gewaltkonflikten zeigen konsistent, dass junge Menschen ohne hinreichende Beschäftigungs- und Aufstiegsperspektiven einen signifikanten Risikofaktor für das Ausbrechen bewaffneter Auseinandersetzungen darstellen. Yair und Miodownik weisen auf der Grundlage globaler Datensätze darauf hin, dass ein ausgeprägter "youth bulge" über ökonomische Mechanismen wie hohe Jugendarbeitslosigkeit und geringe Opportunitätskosten der Gewaltanwendung die Wahrscheinlichkeit des Beginns nichtethnischer Bürgerkriege signifikant erhöht (Yair and Miodownik 2016).

Diese Befunde sind insbesondere für den iranischen Kontext relevant, sofern man davon ausgeht, dass künftige Mobilisierungen primär regimegerichtet und nicht ethnisch fragmentiert verlaufen, wie es bereits bei den landesweiten Protesten im Rahmen der Mahsa Bewegung im Jahr 2022 zu beobachten war. Ergänzend zeigen die Analysen von Henrik Urdal, dass ein hoher Anteil junger Menschen an der Gesamtbevölkerung, insbesondere unter Bedingungen wirtschaftlicher Krisen oder struktureller Stagnation, statistisch mit einer erhöhten Wahrscheinlichkeit bewaffneter innerstaatlicher Konflikte, terroristischer Aktivitäten sowie urbaner Aufstände korreliert (Urdal 2006). Demnach stellt die Kombination aus Jugendüberhang, ökonomischer Marginalisierung und politischer Repression einen strukturellen Risikofaktor dar, der in jeder belastbaren Konfliktprognose systematisch berücksichtigt werden muss.

Eine schwach ausgeprägte Zivilgesellschaft sowie das Fehlen vermittelnder Institutionen zwischen Staat und Bürgerschaft stellen weitere strukturelle Faktoren dar, die dazu beitragen, dass soziale und politische Missstände in gewaltsame Formen politischer Auseinandersetzung transformiert werden. Die Forschung zu innerstaatlichen Konflikten zeigt eine inverse Beziehung zwischen der Existenz funktionsfähiger zivilgesellschaftlicher Institutionen und dem Risiko kollektiver Gewalt: je geringer die institutionelle Dichte von Parteien, Gewerkschaften, freien Medien und autonomen Verbänden, desto höher die Wahrscheinlichkeit gewaltsamer Eskalation (Putnam 1993; Cederman et al. 2013).

In autoritären politischen Systemen führt politischer Monopolismus dazu, dass institutionalisierte Kanäle friedlicher Artikulation systematisch blockiert werden. Wenn Parteien, Berufsverbände, Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen entweder verboten oder



strukturell entmachtet sind, verengt sich der Raum legitimer Interessenvertretung erheblich. Unter solchen Bedingungen steigt insbesondere für junge Bevölkerungsgruppen die Attraktivität gewaltsamer Strategien als vermeintlich effektive Form politischer Durchsetzung.

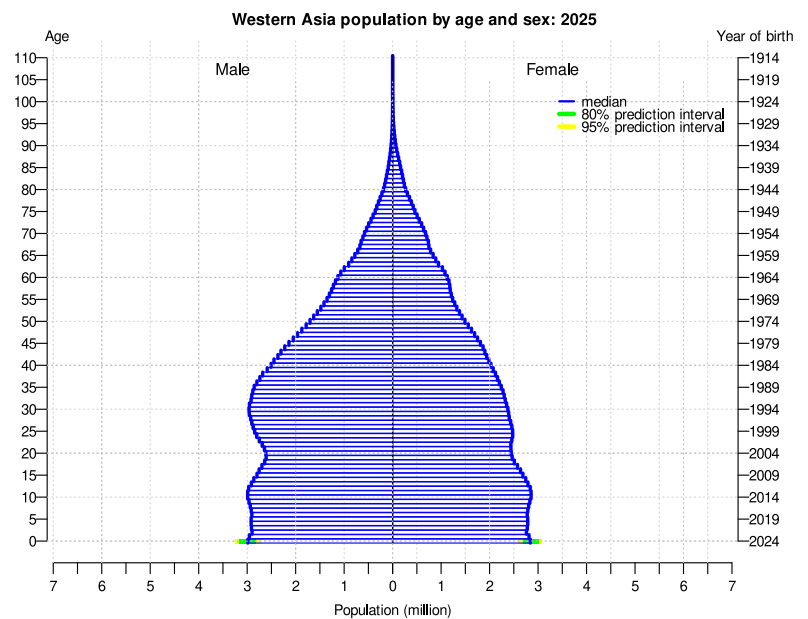
Zugleich agieren oppositionelle Eliten als strategische Akteure im Sinne rationaler Entscheidungsmodelle. Aus einer spieltheoretischen Perspektive wissen sie, dass junge Menschen aufgrund geringerer Opportunitätskosten, höherer Risikobereitschaft und oftmals geringerer familiärer Bindungen leichter mobilisierbar sind. Diese Konstellation erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass Protestdynamiken in organisierte und potenziell bewaffnete Formen der Opposition übergehen.

Vor diesem Hintergrund muss jede belastbare Konfliktprognose für Iran oder vergleichbare Staaten den Anteil junger Menschen an der Gesamtbevölkerung sowie deren Arbeitsmarktintegration und politische Partizipationsmöglichkeiten systematisch berücksichtigen. In Abwesenheit legitimer Kanäle zur Erfüllung beruflicher, sozialer und politischer Erwartungen können marginalisierte Jugendkohorten zu einer zentralen Trägerschicht gewaltsamer Oppositionsbewegungen werden.

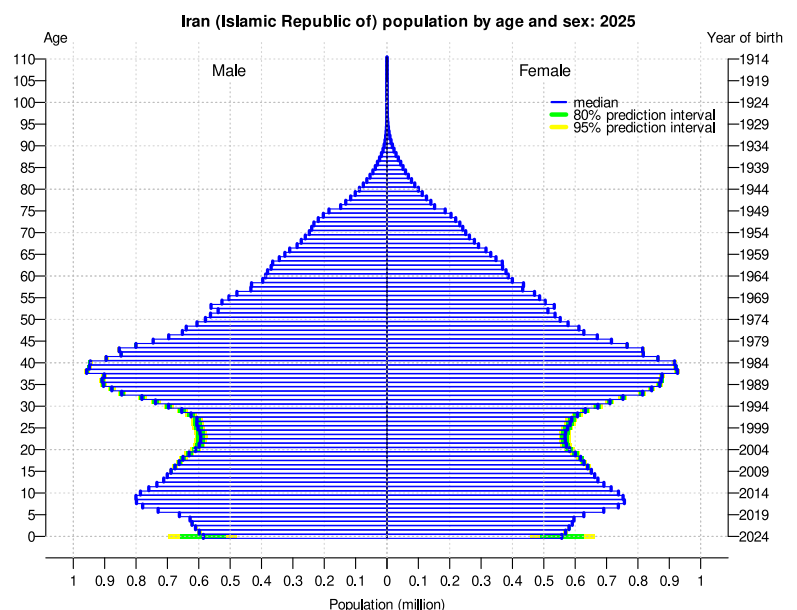
Die vorliegende Analyse zeigt, dass der Iran gegenwärtig eine Kumulation struktureller Hochrisikoindikatoren aufweist, die in der wissenschaftlichen Forschung als zentrale Prädiktoren für den Ausbruch innerstaatlicher Gewalt gelten. Diese Konstellation stellt nicht lediglich ein Risiko für die Stabilität des Nahen Ostens dar, sondern berührt in direkter Weise vitale europäische Interessen.

Die erste potenzielle Folgewirkung eines solchen Szenarios betrifft den Energiesektor. Zwar ist der Iran gegenwärtig kein bedeutender direkter Energieexporteur in die Europäische Union, doch seine geostrategische Lage, insbesondere die Kontrolle über den Persischen Golf und die Nähe zur Straße von Hormus, verleiht ihm systemische

Relevanz für die globale Energiearchitektur. Durch diese maritime Engstelle passieren täglich rund zwanzig Millionen Barrel Rohöl, was etwa einem Drittel des weltweiten Seehandels mit Erdöl entspricht. Jede substantielle Destabilisierung Irans, die die Sicherheit dieser Transitroute beeinträchtigt, hätte unmittelbare Auswirkungen auf die globalen Rohölpreise und damit auf Inflation, industrielle Produktionskosten und die Kaufkraft europäischer Haushalte. Ein innerstaatlicher Kollaps im Iran wäre somit kein regional isoliertes Ereignis, sondern ein exogener Schock mit direkter Übertragung in die



© 2024 United Nations, DESA, Population Division. Licensed under Creative Commons license CC BY 3.0 IGO. United Nations, DESA, Population Division. *World Population Prospects 2024*. <http://population.un.org/wpp/>



© 2024 United Nations, DESA, Population Division. Licensed under Creative Commons license CC BY 3.0 IGO. United Nations, DESA, Population Division. *World Population Prospects 2024*. <http://population.un.org/wpp/>

ökonomischen Zentren Europas.

Zweitens ist mit erheblichen migrationspolitischen Konsequenzen zu rechnen. Die Erfahrungen aus Syrien und Libyen haben gezeigt, dass der Zerfall staatlicher Ordnungsstrukturen in der MENA Region großskalige Fluchtbewegungen auslösen kann. Vor dem Hintergrund historisch hoher globaler Vertreibungszahlen würde eine Destabilisierung Irans mit seiner Bevölkerung von über fünfundachtzig Millionen Menschen ein erhebliches Migrationspotenzial generieren. Selbst wenn nur ein Bruchteil der Bevölkerung zur Emigration gezwungen wäre, könnten die Aufnahmekapazitäten europäischer Staaten erheblich unter Druck geraten, mit entsprechenden sozioökonomischen und innenpolitischen Spannungen.

Drittens hätte eine strukturelle Schwächung oder Fragmentierung staatlicher Autorität in Iran sicherheitspolitische Implikationen. Machtvakuen begünstigen erfahrungsgemäß die Expansion nichtstaatlicher bewaffneter Akteure, transnationaler Netzwerke und extremistischer Gruppierungen. Eine solche Entwicklung würde nicht nur regionale Instabilität verstärken, sondern auch das Risiko grenzüberschreitender Kriminalität, illegaler Handelsströme und potenziell terroristischer Aktivitäten in Europa erhöhen. Die Verschränkung von Staatszerfall, organisierter Kriminalität und transnationalem Extremismus ist in der sicherheitspolitischen Literatur hinreichend dokumentiert und würde im Falle Irans eine neue Qualität strategischer Bedrohung darstellen.

Aus europäischer Perspektive würde Untätigkeit oder strategische Verzögerung somit mit drei kumulativen Kostenkomplexen einhergehen: erstens energieökonomische Schocks infolge einer Destabilisierung der Straße von Hormus, zweitens migrationspolitische Belastungen mit langfristigen gesellschaftlichen Folgewirkungen und drittens eine Intensivierung transnationaler Sicherheitsrisiken.

Vor diesem Hintergrund erscheint eine präventive und strategisch ausgerichtete Europapolitik gegenüber Iran nicht als normative Option, sondern als rationales sicherheitspolitisches Gebot. Eine Investition in Stabilität, institutionelle Resilienz und die Unterstützung eines Übergangs zu einer national legitimierten und rechenschaftspflichtigen Regierungsform in Iran wäre nicht allein im Interesse der iranischen Bevölkerung, sondern entspräche unmittelbar den energiepolitischen, migrationspolitischen und sicherheitspolitischen Kerninteressen Europas.

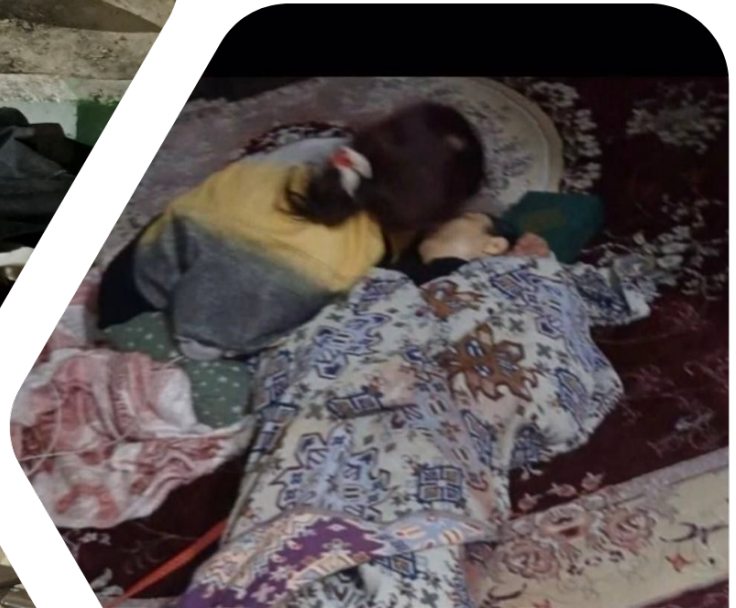
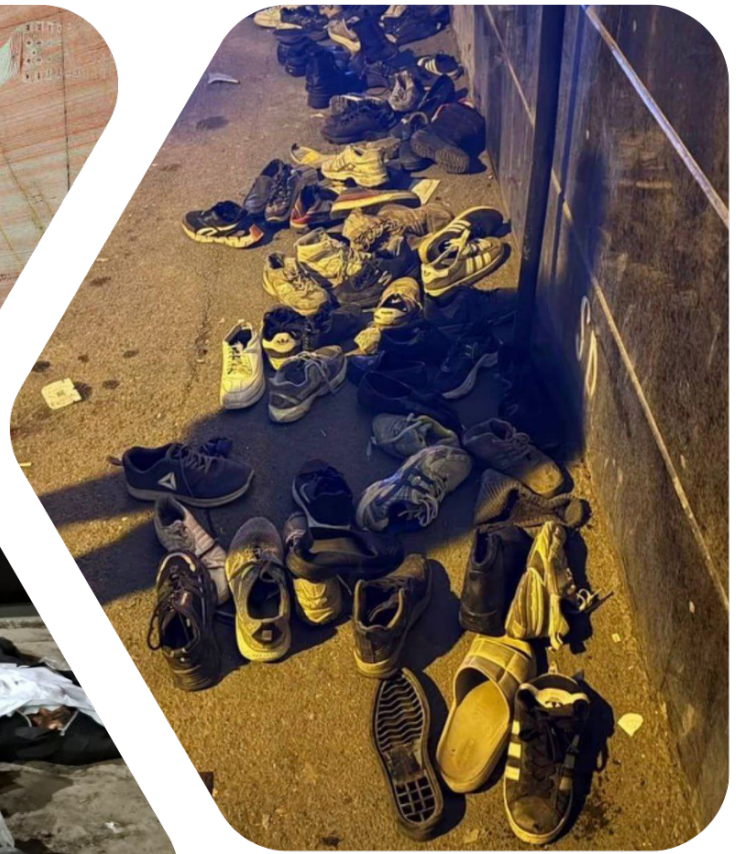
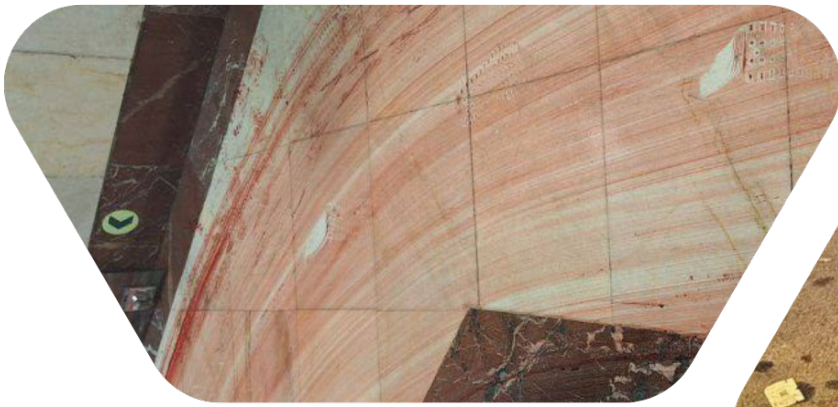
Bibliografie

1. Caprioli, Mary. 2005. "Primed for Violence: The Role of Gender Inequality in Predicting Internal Conflict." *International Studies Quarterly* 49(2):161–78.
2. Thies, Cameron. 2010. "Of Rulers, Rebels, and Revenue: State Capacity, Civil War Onset, and Primary Commodities." *Journal of Peace Research* 47(3):321–32.
3. Gleditsch, Nils Erik; Melander, and Henrik Urdal. 2016. "Patterns of Armed Conflict since 1945," Chapter 1 in Mason and Mitchell, *What Do We Know About Civil Wars?*
4. Sambanis, N. (2004). *What Is Civil War? Conceptual and Empirical Complexities of an Operational Definition.* *The Journal of Conflict Resolution*, 48(6), 814–858. <http://www.jstor.org/stable/4149797>
5. Smith, Benjamin. 2016. "Exploring the Resource-Civil War Nexus," Chapter 13 in Mason and Mitchell, *What Do We Know About Civil Wars?*
6. *The Global Gender Gap Report.* 2017. http://www3.weforum.org/docs/WEF_GGGR_2017.pdf
7. *Minority Rights International. Peoples under threat 2018 report.* <https://peoplesunderthreat.org/countries/iran-islamic-republic-of/>
8. Piazza, James A. 2013. "Regime Age and Terrorism: Are New Democracies Prone to Terrorism?" *International Interactions* 39, no. 2: 246-263.
9. *What Do We Know about Civil Wars?: Introduction and Overview.* T. David Mason, Sara McLaughlin Mitchell, and Alyssa K. Prorok. In Mason and Mitchell, *What Do We Know About Civil Wars?*
10. Hallberg, Johan Dittrich. 2012. "PRIO Conflict Sites 1989–2008: A Geo-Referenced Dataset on Armed Conflict." *Conflict Management and Peace Science* 29(2):219–32.
11. Urdal, Henrik (2006) *A Clash of Generations? Youth Bulges and Political Violence.* *International Studies Quarterly* 50 (3): 607–630.
12. Yair, O., & Miodownik, D. (2016). Youth bulge and civil war: Why a country's share of young adults explains only non-ethnic wars. *Conflict Management and Peace Science*, 33(1), 25–44. <https://www.jstor.org/stable/26271410>



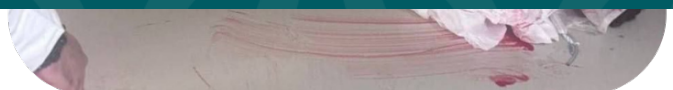


Irans Krise als Glaubwürdigkeitsprüfung für Europa



Maryam Banihashemi,

ist Strategin und Menschenrechtsaktivistin mit Schwerpunkt auf Iran. Ihre Arbeit konzentriert sich auf politische und rechenschaftsbezogene Mechanismen zur Bekämpfung von Korruption und Menschenrechtsverletzungen, insbesondere auf Ebene der Europäischen Union, europäischer Staaten und der Vereinten Nationen. Sie war in beratender Funktion an Debatten zur europäischen Iranpolitik beteiligt, unter anderem in Zusammenarbeit mit United Against Nuclear Iran (UANI). Ihre Analysen erscheinen in persischsprachigen und internationalen Medien.



Europäische Demokratien beruhen auf einer grundlegenden Prämisse: dass politische Autorität durch Rechtsstaatlichkeit begrenzt, gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern rechenschaftspflichtig und an den Schutz der Menschenwürde, sowie grundlegender Rechte gebunden sein muss. Diese Verpflichtungen werden als universelle Prinzipien formuliert, nicht als geografisch begrenzte oder von Zweckmäßigkeit abhängige Maßstäbe. Sie bilden den normativen Kern der europäischen Verfassungs- und institutionellen Praxis.

Seit Jahrzehnten stellt die Islamische Republik diese Prinzipien vor eine anhaltende Herausforderung. Systematische innere Repression, Massenhinrichtungen, transnationale Repression und eine Zwangsprojektion über die Grenzen Irans hinaus prägen ihre Entwicklung seit der Konsolidierung der Macht. Der jüngste landesweite Aufstand, der Ende Dezember 2025 begann, stellt innerhalb dieses längerfristigen Kontinuums eine entscheidende Intensivierung dar. Die Reaktion des Regimes, insbesondere am 8. und 9. Januar im Anschluss an den Aufruf von Kronprinz Reza Pahlavi, war gekennzeichnet durch den Einsatz schwer bewaffneter Sicherheitskräfte und den Gebrauch tödlicher Gewalt in einem Ausmaß, das eine qualitative Eskalation darstellte. Diese verschärfte Konfrontation zwischen Staat und Gesellschaft hat die Dringlichkeit erneuert, die Krise unter der Islamischen Republik im Lichte der Verpflichtungen zu betrachten, zu denen Europa sich bekennt.

Diese Krise lässt sich nicht durch eine einzige Perspektive erfassen. Sie spiegelt ein ineinandergreifendes Gefüge aus institutionalisierter innerer Repression, Zwangsprojektion über das Staatsgebiet hinaus und einer zunehmend expliziten Forderung nach einem demokratischen Übergang wider, die innerhalb Irans artikuliert wird. Die Betrachtung dieser Dimensionen im Zusammenhang verschiebt den Fokus von bloßer Beschreibung hin zur Bewertung. Die zentrale Frage wird damit sichtbar: Inwiefern konfrontieren die inneren und äußeren Erscheinungsformen der Krise der Islamischen Republik die normativen Grundlagen, über die Europa sich selbst definiert?

Wenn diese Prinzipien als universell formuliert werden,

bemisst sich ihre Glaubwürdigkeit daran, wie sie angesichts anhaltender und dokumentierter Verletzungen zur Geltung gebracht werden. In diesem Sinne beschreiben die Entwicklungen unter der Islamischen Republik nicht nur eine nationale Krise; sie legen offen, in welchem Maße Europas erklärte Maßstäbe und sein politisches Handeln weiterhin miteinander in Einklang stehen.

Siebenundvierzig Jahre institutionalisierter innerer Repression

Dieses Muster begann nicht im Januar. Es steht in einer langen und gut dokumentierten Entwicklungslinie, die die Islamische Republik seit ihrer Etablierung geprägt hat. Das System wurde unmittelbar nach 1979 durch standrechtliche Hinrichtungen ehemaliger Funktionsträger und politischer Gegner konsolidiert, gefolgt von den Massenhinrichtungen politischer Gefangener in den 1980er¹ Jahren. Die Proteste von 2009² wurden mit Gewalt beantwortet. Der landesweite Aufstand von 2019³ führte zu massiven Tötungen und Massenverhaftungen, gefolgt von einer deutlichen Eskalation der Hinrichtungen in den darauffolgenden Jahren, wodurch der Iran gemessen an der Bevölkerung die weltweit höchste Vollstreckungsrate von Todesurteilen erreichte. Auch der Aufstand von 2022⁴ führte erneut zu weitreichenden Tötungen, willkürlicher Inhaftierung und einem weiteren Anstieg der Hinrichtungen.

Eine unter dem Dach der Vereinten Nationen eingerichtete unabhängige internationale Fact-Finding-Mission dokumentierte systematische Muster der Repression, die nach internationalem Recht als Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingeordnet wurden.⁵

Am 8. und 9. Januar eskalierte die Repression in einem Ausmaß, das empirisch wie analytisch als Politicide beschrieben werden kann. Die landesweiten Proteste⁶, die Ende Dezember 2025 begannen, artikulierten nicht nur sozialen Unmut, sondern stellten offen eine alternative politische Ordnung in den Raum. Millionen Menschen gingen auf die Straße, riefen den Namen von Kronprinz Reza Pahlavi und skandierten Parolen wie „Javid Schah“, wodurch eine klare politische Identität und ein konstruktives Gegenmodell zur theokratischen Struktur sichtbar wurden. Diese kollektive politische Selbstverortung

1 <https://www.iranrights.org/memorial>

2 <https://www.amnesty.org/en/documents/mde13/123/2009/en/>

3 <https://www.iranintl.com/en/202211138108>

4 <https://researchbriefings.files.parliament.uk/documents/CBP-9679/CBP-9679.pdf>

5 <https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/hrbodies/hrcouncil/sessions-regular/session55/a-hrc-55-67-en.docx>

6 <https://www.amnesty.org/en/latest/campaigns/2026/01/what-happened-at-the-protests-in-iran/>



Zurückgebliebene Schuhe der Opfer des Massakers auf dem Basar von Rascht, 8. Januar 2026.

wurde vom Regime als existenzielle Bedrohung wahrgenommen. Die darauffolgende Reaktion erschien nicht als bloße Eindämmung oder Einschüchterung, sondern als Überlebensstrategie.

Sicherheitskräfte, von regulären Polizeieinheiten über das Korps der Islamischen Revolutionsgarden (IRGC) bis hin zu Proxy-Milizen, setzten systematisch scharfe Munition⁷, automatische Waffen, Full-Metal-Jacket-Geschosse und Schrotladungen ein, häufig aus kurzer Distanz und gezielt auf Kopf, Hals, Augen oder andere lebenswichtige Körperregionen. Solche Schussmuster deuten nicht auf zufällige Überreaktionen hin, sondern auf bewusste Tötungsabsichten, die über die bloße Auflösung von Versammlungen hinausgehen.

Die Gewalt blieb nicht auf den öffentlichen Raum beschränkt. Sicherheitskräfte drangen gezielt in medizinische Einrichtungen ein, nahmen Verwundete fest oder töteten sie während oder unmittelbar nach medizinischer Versorgung⁸. Zahlreiche Verletzte mieden aus Angst vor Festnahme Krankenhäuser, wodurch medizinische Dokumentation systematisch unterbrochen wurde. In einigen Fällen wurden Leichname noch mit medizinischen Instrumenten vorgefunden, was darauf hindeutet, dass der Tod während

medizinischer Eingriffe eintrat, und anschließend rasch aus Krankenhäusern und Leichenhallen entfernt, ohne Registrierung oder Benachrichtigung der Angehörigen.

Parallel zur physischen Repression etablierte der Sicherheitsapparat ein integriertes System der Kontrolle und Verschleierung. Landesweite Abschaltungen der Kommunikationswege⁹ und Internetblockaden unterbanden unabhängige Berichterstattung. Digitale Überwachung zielte auf zivilgesellschaftliche Netzwerke. Massenverhaftungen und das erzwungene Verschwindenlassen von Zehntausenden schufen ein Klima anhaltender Angst und Unsicherheit.

Die Zahl der Toten und Verletzten variiert je nach Quelle. Selbst konservative Schätzungen sprechen von mehreren tausend Getöteten, während Aktivisten-Netzwerke von mehreren zehntausend Opfern berichten, darunter viele Kinder¹⁰. Diese Diskrepanzen spiegeln weniger Unsicherheit wider als die Schwierigkeit unabhängiger Dokumentation unter repressiven Bedingungen.

Analytisch entscheidend ist die Verbindung aus gezielter Tötung, der Ausweitung von Gewalt auf geschützte Räume wie Krankenhäuser und der systematischen Beseitigung von Spuren. Zusammengenommen bilden diese Elemente eine strategische und institutionelle Logik, die nicht nur auf die Unterdrückung von Protest abzielt, sondern auf die Eliminierung politischer Träger, die Verhinderung unabhängiger Wahrheitsbildung und die Monopolisierung von Erinnerung und Narrativ. Gewalt wird so zu einem strukturellen Instrument politischer Herrschaft.

Die Gesamtheit dieser Entwicklung lässt keinen Interpretationsspielraum.

Verurteilungen, parlamentarische Resolutionen und offizielle Stellungnahmen, die die Legitimität der von der iranischen Bevölkerung artikulierten Forderungen anerkennen, sind politisch bedeutsam. Sie werfen jedoch eine weitergehende Frage auf: Was folgt auf die Anerkennung? Wenn die Repressionsdynamik dokumentiert ist, wenn das Ausmaß der Gewalt feststeht, und wenn politische Entscheidungsträger öffentlich Solidarität bekunden, worin besteht dann der nächste Schritt? Bleibt die Reaktion auf deklaratorische Positionen beschränkt, ohne entsprechende politische

7 <https://www.theguardian.com/global-development/2026/jan/27/iran-protests-death-toll-disappeared-bodies-mass-burials-30000-dead>

8 <https://www.theguardian.com/global-development/2026/jan/27/iran-protests-death-toll-disappeared-bodies-mass-burials-30000-dead>

9 <https://www.politico.com/news/2026/01/08/internet-and-phones-cut-in-iran-as-protesters-heed-exiled-princes-call-for-mass-demonstration-00718356>

10 <https://iranhumanrights.org/2026/02/over-200-schoolchildren-killed-by-security-forces-in-iran-theyve-effectively-massacred-an-entire-school/>

Maßnahmen nach sich zu ziehen, entsteht der Eindruck strategischer Zurückhaltung.

Die zentrale Frage an europäische Entscheidungsträger lautet daher klar und direkt: Was ist Ihr nächster Schritt in Bezug auf den Iran?

Terror und Projektion über Grenzen hinweg

Das Handeln der Islamischen Republik war nie auf das Staatsgebiet Irans beschränkt. Über Jahrzehnte hinweg hat sie Terror, Attentate und systematische Einschüchterung in verschiedene Teile der Welt getragen, insbesondere nach Europa, während sie zugleich über Stellvertreternetzwerke im Nahen Osten und darüber hinaus operierte.

Die Ermordung von Shahriar Shafiq¹¹ in Paris 1979, die Ermordung von Abdul Rahman Ghassemlou¹² während Verhandlungen in Wien 1989, die Ermordung von Shapur Bakhtiar¹³ nahe Paris 1991, der Mord an Fereydoun Farokhzad¹⁴ in Deutschland 1992 sowie die Mykonos-Attentate¹⁵ in Berlin 1992 sind dokumentierte Beispiele aus den frühen Jahren der Herrschaft der Islamischen Republik.



Mit der Ermordung Shahriar Shafiqs 1979 in Paris begann die transnationale Terrorpraxis des islamischen Regimes gegen politische Gegner im Exil.

Transnationale Repression blieb nicht auf diese Phase beschränkt. Sie wurde in verschiedenen Formen fortgesetzt und ausgeweitet.

Gleichzeitig unterstützte die Islamische Republik bewaffnete Stellvertreterorganisationen, trug zur Destabilisierung der Region bei und entwickelte ihre nuklearen sowie ballistischen Fähigkeiten weiter, mit direkten sicherheitspolitischen Implikationen über die Region hinaus. Die Unterstützung von Proxy-Akteuren im Nahen Osten hatte konkrete Folgen für die regionale Stabilität, während sicherheitspolitische Bewertungen und investigative Berichte zunehmend auf sicherheitsrelevante Auswirkungen bis nach Europa hinweisen.

Jüngere Beispiele zeigen, dass dort, wo Ermittlungen durchgeführt werden, operative Verbindungen sichtbar werden und Konsequenzen folgen. In Deutschland wurde das Islamische Zentrum Hamburg¹⁶ nach sicherheitsbehördlichen Untersuchungen geschlossen¹⁷, die ergaben, dass es unter religiösem Deckmantel agierte und Aktivitäten verfolgte, die mit den strategischen Interessen der Islamischen Republik im Einklang standen. In Australien führten Ermittlungen im Zusammenhang mit sicherheitsrelevanten Vorfällen, die Akteuren mit Bezug zur Islamischen Republik zugeschrieben wurden, zur Ausweisung des Botschafters der Islamischen Republik. In beiden Fällen ging institutionelles Handeln formellen Untersuchungen voraus.

Dies wirft eine grundsätzliche Frage hinsichtlich der Vertretungen der Islamischen Republik in europäischen Staaten auf. Werden dort, wo glaubwürdige Hinweise auf destabilisierende oder feindliche Aktivitäten vorliegen, konsequente Bewertungen vorgenommen? Präzedenzfälle zeigen, dass die Ausweisung von Botschaftern ein klares und unmittelbares Signal setzen kann. Wie positionieren sich europäische Staaten derzeit gegenüber diplomatischer Präsenz vor dem Hintergrund dokumentierter Muster?

Auch der Umgang mit internationalen Plattformen verdeutlicht die Spannung zwischen Prinzip und Routine. Es gab Fälle, in denen die Teilnahme von Vertretern der Islamischen Republik an hochrangigen Foren, darunter die Münchner

11 <https://www.iranrights.org/memorial/story/-7088/shahriar-shafiq>

12 <https://www.iranrights.org/memorial/story/30421/abdol-rahman-qasemlu-ghassem-lou>

13 <https://www.iranrights.org/memorial/story/-8733/shapur-bakhtiar>

14 <https://www.iranrights.org/memorial/story/-8929/fereidun-farokhzad>

15 <https://iranhrdc.org/murder-at-mykonos-anatomy-of-a-political-assassination/amp/>

16 <https://amp.dw.com/en/germany-shuts-down-islamic-center-hamburg/a-69747298>

17 <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2024/07/izh.html>



Sicherheitskonferenz und das Weltwirtschaftsforum in Davos, zunächst vorgesehen war und erst nach öffentlichem Druck oder politischer Kritik überdacht wurde. Bei den Vereinten Nationen wurden Beteiligungen und Funktionen als administrativ normale Praxis gegenüber allen Mitgliedstaaten verteidigt. Verfahrensmäßige Begründungen heben jedoch den politischen Kontext nicht auf.

Diplomatische Immunität, administrative Normalität, formale Verfahrenslogik oder der Verweis darauf, den Dialog aus Gründen der Diplomatie offenhalten zu müssen, können eine prinzipiengelernte und strategische Reaktion nicht ersetzen. Wo belastbare Hinweise auf transnationale Operationen, Stellvertreteraktivitäten und terrorbezogene Strukturen vorliegen, muss die Reaktion über bloße Routine hinausgehen. Es fehlt nicht an Instrumenten; Präzedenzfälle belegen ihre Existenz. Entscheidend ist, ob politische Führung bereit ist, diese Instrumente konsistent anzuwenden, einschließlich der Ausweisung von Botschaftern, anstatt sich auf Verurteilungen oder formale Erklärungen zu beschränken.

Regimewechsel und die Stärkung der demokratischen Opposition für den Übergang

Die in den jüngsten Protesten artikulierte Forderung zielte nicht auf Reformen innerhalb des bestehenden Systems. Eine breite Mehrheit der Iranerinnen und Iraner lehnt jede Fortsetzung der Islamischen Republik ab. Das Ziel, das auf den Straßen formuliert wurde, ist ein Regimewechsel.

Sollte Zurückhaltung europäischer Entscheidungsträger aus Sorge vor möglicher Instabilität, regionalen Konflikten oder erneuten Migrationsbewegungen nach Europa im Falle eines Zusammenbruchs der Islamischen Republik resultieren, bedarf auch diese Sorge einer strukturierten Antwort.

Während der jüngsten Proteste wurde landesweit, über Städte, ethnische Gruppen, Regionen und Geschlechter hinweg, vor allem ein Name gerufen: Kronprinz Reza Pahlavi. Er wurde als einigende nationale Führungspersönlichkeit für eine Übergangsphase wahrgenommen. Objektiv monarchistische Loyalität hegt oder bestimmte historische Bewertungen der Zeit vor 1979 vertritt, ist nicht die unmittelbare Frage. Die erste demokratische Verpflichtung besteht darin, anzuerkennen, was innerhalb des Landes artikuliert wird.

Diese Anerkennung erfordert, Kronprinz Reza Pahlavi

eine ernsthafte und ausreichende Plattform zu geben, um sein Übergangskonzept öffentlich darzulegen und seine Vorstellungen für eine Zeit nach der Islamischen Republik zu erläutern. Die Arbeit seines Teams, einschließlich des Iran Prosperity Project¹⁸, skizziert Phasen institutioneller Kontinuität, sicherheitspolitischer Stabilisierung und die Vorbereitung eines nationalen Referendums, in dem die iranische Bevölkerung selbst über ihre zukünftige Staatsform entscheiden soll.

Wenn Sorgen vor Chaos, regionaler Destabilisierung oder Migrationsbewegungen als Argumente für Zurückhaltung angeführt werden, dann ist die Auseinandersetzung mit ausgearbeiteten Übergangsplänen die logische Antwort. Zuhören, kritisch prüfen, gegebenenfalls Verbesserungsbedarf identifizieren und dort, wo es angemessen ist, Mechanismen institutioneller Kontinuität stärken und befähigen, bedeutet Risikominimierung im Vorfeld statt reaktives Handeln im Nachhinein.

Letztlich geht es darum, ob demokratische Akteure bereit sind, jene Führungsfiguren und Übergangskonzepte ernsthaft zur Kenntnis zu nehmen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen, die innerhalb Irans offen eingefordert werden.

Europa an einem strategischen Scheideweg

Iran präsentiert heute eine konsolidierte Realität: systematische innere Brutalität, dokumentierte transnationale Operationen, terrorbezogene Destabilisierung über seine Grenzen hinaus und eine offen artikulierte Forderung nach Regimewechsel, die landesweit erhoben wird.

Entscheidend ist, wie europäische Entscheidungsträger darauf reagieren. Politische Führung bemisst sich nicht an Erklärungen der Besorgnis oder Solidaritätsbekundungen, sondern an der Bereitschaft, Handeln mit erklärten Werten in Einklang zu bringen und sicherheitspolitische Einschätzungen in Konsequenzen zu übersetzen.

Wo Beweise klar sind und Risiken benannt wurden, trägt auch Untätigkeit eine Bedeutung, einschließlich des Signals von Passivität.

In diesem Sinne ist der Iran zu einer Glaubwürdigkeitsprüfung für Europa geworden, zu einem Stresstest dafür, ob seine Werte, seine sicherheitspolitischen Bewertungen und sein politisches Handeln in der Praxis zusammenfallen.

¹⁸ <https://fund.nufdiran.org/projects/ipp/research/emergency-phase-booklet/>



*Scheich Zayid bin Sultan Al Nahyan und Mohammad Reza Pahlavi,
Schah des Iran, beim ersten OPEC-Gipfel in Algier, am 4. März 1975.*

Die zukünftige nationale Sicherheit Irans – eine Initiative für den Frieden

von A.M.



foto: Henri Bureau

Mit der Etablierung der Islamischen Republik infolge der Revolution von 1979 verkomplizierte sich die Friedensfrage in jenen Regionen, in denen Iran eine gestaltende Rolle einnimmt, insbesondere im Nahen und Mittleren Osten, erheblich. Zugleich wurden die Voraussetzungen für die Herstellung und nachhaltige Sicherung von Stabilität deutlich erschwert. Bis zu jenem politischen Umbruch hatte Iran eine wirksame und stabilisierende Funktion in der regionalen Sicherheitsarchitektur eingenommen. Die strategische Ausrichtung des iranischen Staates unter der Führung Mohammad Reza Schah Pahlavis beruhte auf den Prinzipien des Friedens, der kooperativen Koexistenz sowie dem Ausbau bilateraler und multilateraler Beziehungen – sowohl mit unmittelbaren Nachbarstaaten als auch mit Ländern ohne direkte Grenzverbindung. Diese Politik war von einem aktiven, ordnungspolitisch orientierten Regionalverständnis getragen.

Exemplarisch lässt sich die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Iran und Ägypten in den späten 1960er Jahren anführen, nachdem die aggressive und konfrontative Außenpolitik Gamal Abdel Nassers über ein Jahrzehnt hinweg zu erheblichen Spannungen geführt hatte. Mohammad Reza Schah ergriff frühzeitig die Initiative zur Normalisierung und Vertiefung der Beziehungen und unterstützte Ägypten zu Beginn der Präsidentschaft Anwar

as-Sadats auch materiell und politisch bei der Bewältigung der wirtschaftlichen und militärischen Folgelasten der vorangegangenen Konfliktphase. Diese Phase konstruktiver Kooperation ist im kollektiven Gedächtnis Ägyptens nachhaltig verankert geblieben und entwickelte sich – ungeachtet späterer gegenläufiger Bestrebungen der Islamischen Republik – zu einem belastbaren historischen Bezugspunkt in den Beziehungen beider Nationen.

Ein weiteres Beispiel bildet das kontinuierliche Engagement Irans in den 1950er und 1960er Jahren gegenüber den Staaten des Persischen Golfs, darunter Saudi-Arabien, Kuwait, sowie die damaligen Scheichtümer der Region. Teheran setzte sich nachdrücklich für die Schaffung kooperativer regionaler Strukturen ein und ermutigte die Golfstaaten, ihre sicherheitspolitische Verantwortung eigenständig wahrzunehmen, anstatt sich dauerhaft auf externe Militärpräsenz zu stützen. Ziel war der Aufbau eines regional getragenen Sicherheitssystems zur Gewährleistung von Stabilität in einer für die globale Energieversorgung und wirtschaftliche Entwicklung strategisch zentrale Region. Die Resultate dieser Politik manifestierten sich über Jahre hinweg in relativer Stabilität und berechenbarer Sicherheitskooperation im Golfraum.

Mohammad Reza Pahlavi, Schah des Iran, im Gespräch mit dem ägyptischen Präsidenten Anwar Sadat.



Das Ergebnis dieser Bemühungen war über Jahre hinweg die Etablierung von Frieden und nachhaltiger Sicherheit in dieser Region. Ein weiteres Beispiel stellt die Unterstützung des Schahs und der Regierung Irans für den Beitritt Omans zu jener Union dar sowie zuvor die Hilfeleistung für die monarchische Regierung dieses Landes bei der Niederschlagung der Dhofar Guerilla zu Beginn der 1960er Jahre. Diese Guerillabewegung hatte auf Anstiftung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Volksrepublik China mit dem Ziel der Abspaltung Dhofars einen blutigen Krieg entfacht.

Iran trug maßgeblich zu Beendigung des dreizehnjährigen kommunistischen Separationskrieges bei, indem es Truppen in das Scheichtum entsandte und so der sowjetisch-chinesischen Strategie einen Rückschlag versetzte. Parallel dazu wirkte Iran als Impulsgeber und Unterstützer grundlegender Reformen innerhalb des omanischen Sultanats. Bis heute betrachten sich die politischen Führungspersonlichkeiten dieses Landes als verpflichtet gegenüber der damaligen, aus ihrer Sicht weitsichtigen Unterstützung durch den Schah von Iran.



Treffen zwischen Sultan Qabus, König von Oman, und Mohammad Reza Shah Pahlavi.

Wirtschaftliche Entwicklungsprogramme, militärische Verteidigungsabkommen, der Ausbau kultureller Beziehungen sowie die Vertiefung bilateraler und multilateraler Kooperationen in den Diensten der Entwicklung und des Fortschritts der gesamten Region bildeten zentrale Elemente jener friedensorientierten Politik und Strategie Irans unter der Führung Mohammad Reza Schah Pahlavis. Dazu gehörte unter anderem das Vorhaben einer durchgehenden Eisenbahnverbindung von Pakistan über die Türkei bis Mitteleuropa und weiter bis nach Großbritannien, das neben zahlreichen wirtschaftlichen und kulturellen

Entwicklungsinitiativen sowohl als direktes Ergebnis als auch als indirekte Folge des Verteidigungsbündnisses CENTO verstanden werden kann. Iran spielte dabei eine außerordentlich aktive und gewichtige Rolle, insbesondere bei der Überzeugung der Vereinigten Staaten und Großbritanniens, in dieses Bündnis sowie in dessen wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungsdimensionen zu investieren.

Die Regierung jenes Monarchen war im Wesentlichen in der Lage, durch friedliche und freundschaftliche Verhandlungen, durch Kooperation und den Abschluss von Abkommen sowie, sofern erforderlich und unvermeidbar, durch den Einsatz staatlicher Autorität und die Demonstration militärischer Handlungsfähigkeit deutlich zu machen, dass weder irgendjemand imstande sei noch es im Interesse eines Staates liege, die Sicherheit seines eigenen Landes oder der Region zu destabilisieren. Zugleich gelang es ihr, eine tiefgreifende strukturelle Verbindung zwischen der nationalen Sicherheit Irans und dem regionalen Frieden herzustellen, dergestalt, dass eine Beeinträchtigung der Sicherheit Irans zwangsläufig zu Chaos und zur Ausweitung kriegerischer Dynamiken in der Region geführt hätte.

Iran fungierte zu jener Zeit als Garant von Sicherheit und Frieden in der Region. Die Auseinandersetzung Irans mit dem Baath Regime um den Schatt al Arab stellt ein exemplarisches Beispiel für die Friedensorientierung und das Bestreben Irans dar, die regionale Stabilität zu wahren. Das vom Panarabismus geprägte Machtstreben des Baath Regimes zielte darauf ab, die Sicherheit Irans sowie seine südlichen Grenzen zu destabilisieren. Durch die Bemühungen der Regierung Pahlavi scheiterte jedoch diese ideologische Agenda. Letztlich mündete dieses gescheiterte Vorhaben, ohne Krieg und Blutvergießen, infolge der Machtposition und der politischen Weitsicht des Schahs von Iran im Abkommen von Algier. Dieses Abkommen wurde zu einem Zeitpunkt geschlossen, in dem Iran durchaus in der Lage gewesen wäre, dem Baath Regime erheblich schwerere Schläge zu versetzen und dessen staatliche Sicherheit auf Jahre hinaus substanziell zu beeinträchtigen. Doch das friedensorientierte Selbstverständnis und die hohe Priorität, die Mohammad Reza Schah der regionalen Stabilität beimaß, führten zum Abschluss des Abkommens von Algier, dessen Konsequenz eine Phase der Kooperation sowie die Etablierung geordneter sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Iran und Irak war.

Eine weitere Dimension der auf Frieden, Sicherheit und Entwicklung ausgerichteten Strategie des iranischen Staates in den Jahrzehnten der Herrschaft Mohammad Reza Schahs bestand in der Pflege freundschaftlicher Beziehungen sowohl zum Westen und zu den Vereinigten Staaten als auch zur

Sowjetunion und zu den übrigen sozialistischen Staaten Osteuropas. Im Rahmen verschiedener Projekte nutzte Mohammad Reza Schah diese ausgewogenen Beziehungen zu beiden Machtblöcken nicht nur zum Vorteil Irans, sondern trug zugleich zur Herstellung eines regionalen Gleichgewichts bei. Als nach dem Zweiten Weltkrieg verlässlicher Verbündeter der Vereinigten Staaten in der Region setzte er sich entschlossen gegen die Ausweitung kommunistischen Einflusses ein. Schrittweise entwickelte er sich zu einem maßgeblichen politischen, diplomatischen, wirtschaftlichen und auch militärischen Faktor bei der Sicherstellung des Erfolges strategischer Konzepte zur Eindämmung dieses Einflusses sowie bei der Umsetzung von Vorhaben zur Gewährleistung von Sicherheit, Frieden und Entwicklung, auf die zuvor bereits beispielhaft verwiesen wurde.

Wie bereits zu Beginn der Ausführungen dargelegt wurde, führten der Sturz der Pahlavi Monarchie im Iran und das Erstarken linksrevolutionärer sowie islamistischer Kräfte dazu, dass Frieden und Stabilität in jenen Regionen, in denen Iran zuvor präsent gewesen war und Einfluss ausgeübt hatte, in hohem Maße komplex, krisenanfällig und von dauerhaften Spannungen sowie Unruhen geprägt waren. Mit fortschreitender Dauer der Islamischen Republik entfernte sich die Perspektive einer Rückkehr zu jenen friedlichen Ordnungsstrukturen zunehmend und erschien schließlich nahezu unmöglich. Die Machtübernahme revolutionärer Akteure, deren ideologische Ausrichtung sowohl im linken als auch im islamistischen Spektrum konfrontativ war und die

jeweils expansive, universalistische Zielsetzungen verfolgten, verschärfte die regionalen Spannungen erheblich. Während die eine Strömung unter dem Banner der islamischen Gemeinschaft agierte, berief sich die andere auf die Beseitigung des Kapitalismus und der kapitalistischen Klasse. Beide Visionen waren von einer missionarischen Dynamik geprägt, die über nationale Grenzen hinausreichte. Der nach der Revolution von 1979 ausgebrochene Krieg zwischen Iran und dem Baath Regime demonstrierte, in welchem Ausmaß die zuvor latent vorhandene Konfrontationsbereitschaft in der Region, die durch Iran und die Regierung Pahlavi kontrolliert und eingedämmt worden war, zerstörerisches Potenzial besaß. In diesem achtjährigen blutigen Krieg standen sich auf der einen Seite Saddam Hussein und die Baath Partei mit dem Ziel gegenüber, zumindest den Süden Irans zu besetzen und im weitestgehenden Szenario bis nach Teheran vorzurücken, und auf der anderen Seite die Islamische Republik mit der von Ajatollah Chomeini formulierten Vorstellung, den Weg nach Jerusalem über Karbala zu öffnen, und zwar um den Preis des Lebens von Millionen Menschen. In diesem Kontext existierte keinerlei ernsthafte Friedensbereitschaft. Weder die Konfliktparteien strebten eine Beendigung der Auseinandersetzung an, noch bestand eine wirksame äußere oder innere Kraft, die eine Stabilisierung hätte erzwingen können. Dieser Krieg fügte Iran wie auch der gesamten Region schwerwiegende und langanhaltende Schäden zu.

Die Etablierung der Islamischen Republik und ihrer konfrontativen Ideologien – insbesondere des Antisemitismus – führten über Jahre dazu, dass der Iran sowie seine Existenz und Interessen in der Region erheblichen Herausforderungen und Schäden ausgesetzt waren. Die Islamische Republik unterstützte bewaffnete linksgerichtete und islamistische Gruppen wie die PKK und die Achse des Widerstands, bemühte sich um die Aufrechterhaltung reaktionärer und antipopulärer Regime wie der Regierung von Baschar al-Assad in Syrien und unterließ es, das Aufkommen gefährlicher, reaktionärer Kräfte wie der Taliban in Afghanistan zu verhindern. Diese Politik untergrub sowohl die nationale Sicherheit Irans als auch den Frieden und die Stabilität in der Region und brachte sie an den Rand des Zusammenbruchs. Terroristische Operationen in verschiedenen Staaten, die Schaffung und Förderung bewaffneter Gruppen im Irak, in Afghanistan, Syrien, Palästina sowie das Nichtunterbinden antiiranischer Gruppierungen in sensiblen Gebieten wie den Grenzen zu Pakistan und Irak (Irakisch-Kurdistan) illustrieren deutlich, wie stark Iran und die gesamte Region durch die Handlungen der Islamischen Republik gefährdet wurden.



Ein Großteil der iranischen Infanterie bestand aus untrainierten Jugendlichen, deren politischer und religiöser Eifer ihre militärischen Fähigkeiten bei Weitem überstieg.



Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage: Welche Strategien und Maßnahmen sind für die Zukunft geeignet?

Die Beantwortung dieser Frage, mit der Perspektive einer Entspannungspolitik und in der Hoffnung auf die Etablierung eines dauerhaften Friedens, muss auf historischen Realitäten beruhen, die die Rolle der Islamischen Republik als zentralen Faktor von Spannungen, Unruhen und kriegerischen Auseinandersetzungen in den vergangenen Jahrzehnten belegen. Vor diesem Hintergrund stellt der Sturz der Islamischen Republik den ersten notwendigen Schritt dar, um friedensorientierte Konzepte für die Region überhaupt zur Diskussion zu stellen. Alles Weitere kann erst im Anschluss daran entwickelt werden. Mit dem Ende des ideologisch geprägten, spannungserzeugenden und konfrontativen Systems der Islamischen Republik würden zunächst jene Gruppen, die bislang von ihr unterstützt werden, ihre materielle und politische Rückendeckung verlieren, sofern sie überhaupt in substantieller Form fortbestehen. In der Folge wären sie nicht länger in der Lage, Sicherheit und Ordnung in Staaten und strategisch bedeutsamen Regionen zu destabilisieren. Mit der Etablierung eines national legitimierten Staates in Iran könnte eine Doktrin der nationalen Sicherheit entwickelt werden, die auf Frieden sowie auf der Schaffung und Ausweitung friedlicher Beziehungen gründet. In Kooperation mit den Staaten der Region und insbesondere mit den unmittelbaren Nachbarländern bestünde damit die Möglichkeit, eine nachhaltige Friedensordnung aufzubauen.

Im Hinblick auf Irak, Syrien und die Türkei sollte das strategische Leitmotiv auf multilateraler Kooperation zur Herstellung von Sicherheit, Ordnung sowie innerer und äußerer Stabilität beruhen. Die Förderung von Beständigkeit und Stabilität sowie die Unterstützung der territorialen Integrität junger Staaten wie Irak, die über Jahrzehnte von Krieg und Blutvergießen geprägt waren, oder von Staaten wie Syrien, in denen strukturelle Instabilität wiederholt den Kern grundlegender Konflikte bildete, ist unerlässlich. Sollte es in diesen geopolitischen Räumen nicht gelingen, durch multilaterale Zusammenarbeit, deren Impuls maßgeblich von Iran ausgehen sollte, ein Mindestmaß an Sicherheit und Stabilität zu etablieren, bestünde die Gefahr, erneut in militärische Auseinandersetzungen und erhebliche sicherheitspolitische Kosten verstrickt zu werden. Dies wäre weder mit den Erfordernissen der nationalen Sicherheit Irans noch mit seinen regionalen Interessen vereinbar. Aufgrund seiner geographischen Lage, sowohl im Kaukasus als auch im Nahen Osten und entlang seiner östlichen Grenzen, verfügt Iran über das Potenzial, als stabilisierender und sicherheitsstiftender Akteur zu wirken, wie es bereits während der Herrschaft Mohammad Reza Schahs der Fall war. Im Irak sind unterschiedliche bewaffnete Gruppierungen präsent.

Einige antiiranische separatistische Gruppierungen sind im Gebiet der Autonomen Region Kurdistan im Irak präsent gewesen und haben entweder im Interesse der Islamischen Republik agiert oder sich gegen die staatliche Existenz Irans gerichtet. Ihre Präsenz auf irakischem Territorium



hat wiederholt Spannungen zwischen beiden Staaten hervorgerufen, wobei die Islamische Republik ihre Stellungen innerhalb des Iraks militärisch ins Visier genommen hat. Für die Zukunft ist erforderlich, dass ein Iran nach der Islamischen Republik in Kooperation mit der irakischen Regierung und unter gegenseitiger Achtung der jeweiligen territorialen Grenzen diese bewaffneten Gruppen entwaffnet, ihre destruktiven und separatistischen Aktivitäten wirksam eindämmt, vollständig beendet und sie von der iranischen Grenze entfernt. Diese Kräfte haben kontinuierlich zur Unsicherheit entlang der gemeinsamen Grenze beigetragen und durch ihre Handlungen das Eskalationspotenzial zwischen beiden Staaten erheblich gesteigert. Beide Länder sind gehalten, sich aktiv für die Wahrung der territorialen Integrität des jeweils anderen einzusetzen. Sollte die Islamische Republik durch Einflussnahme in der Autonomen Region Kurdistan versucht haben, ihre militärischen Zugangswege im Irak durch die Unterwanderung administrativer und rechtlicher Strukturen zu erleichtern, so muss die strategische Konzeption eines zukünftigen Iran das Gegenteil verfolgen. Darüber hinaus ist der Auflösung radikaler islamistischer Gruppierungen, die in den Diensten der sogenannten Widerstandsachse und der Islamischen Republik standen, wie etwa der Volksmobilisierungskräfte, erhebliche Bedeutung beizumessen.

Auf diese Weise würden Iran und Irak einen wesentlichen Schritt hin zu wirtschaftlicher Kooperation und zur Stabilisierung ihrer gemeinsamen Grenzen unternehmen. Zugleich ist zu berücksichtigen, dass die Präsenz ethnisch orientierter bewaffneter Gruppen keineswegs ausschließlich für Iran ein Sicherheitsrisiko darstellt. Ihre Verankerung auf irakischem Territorium kann im Falle ethnisch begründeter Spannungen oder militärischer Auseinandersetzungen insbesondere in jenen Regionen Iraks, die eine vergleichbare ethnische Zusammensetzung wie angrenzende Gebiete Irans aufweisen, erhebliche destabilisierende Wirkungen entfalten und sowohl das administrative Gefüge als auch die territoriale Einheit des irakischen Staates beeinträchtigen. Auch innerhalb Irans haben diese Gruppierungen durch die Verschärfung ethnischer Spannungen und sozialer Spaltungslinien maßgeblich zur Beeinträchtigung von Sicherheit und Alltagsstabilität der Bevölkerung in den betroffenen Regionen beigetragen. Syrien bildet von dieser Problemlage keine Ausnahme. Ein Land, das seit Jahren von Krieg und Gewalt gezeichnet ist, bedarf der Anerkennung und Stärkung seiner territorialen Integrität sowie einer staatlichen Ordnung, die die Rechte seiner Bürger achtet. Eine Schwächung oder Fragmentierung der staatlichen Strukturen Syriens oder Iraks, insbesondere der Verlust von Gebieten mit ausgeprägter ethnischer Prägung, kann auch für Iran sicherheitspolitische Risiken bergen. Die Ausweitung

solcher Entwicklungen würde die Destabilisierung staatlicher Ordnungen begünstigen und neue Konfliktdynamiken hervorrufen.

Wenn von einer Friedensidee gesprochen wird, ist zu berücksichtigen, dass die Einbindung und Mitwirkung weiterer Staaten wie Saudi-Arabien und Israel von grundlegender Bedeutung sind. Verhandlungen und Kooperation mit dem Ziel, bestehende Differenzen und wechselseitige Vorbehalte zwischen Iran und Syrien abzubauen, werden zweifellos im Zentrum einer friedensorientierten Politik eines künftigen nationalen Staates in Iran stehen. Ein solcher Staat wird, geleitet von seinen eigenen sicherheitspolitischen Interessen, die territoriale Einheit Syriens unterstützen. Saudi-Arabien kommt als einflussreicher Staat der arabischen Welt eine wesentliche Rolle bei der Gewährleistung zu, dass Syrien künftig nicht erneut in eine Phase radikaler Israel-Feindlichkeit abgleitet. Zugleich liegt es im Interesse der arabischen Welt wie auch Israels, von geopolitisch expansiven Zielvorstellungen Abstand zu nehmen und stattdessen auf eine Politik der Entspannung im syrischen Kontext zu setzen. Die Verwirklichung einer solch umfassenden Konzeption von Frieden und Sicherheit ist nach dieser Argumentation untrennbar mit Iran und der Etablierung eines national legitimierten Staates in seiner zukünftigen politischen Ordnung verbunden. Ein Fortbestehen von Spannungen sowie das Ausbleiben einer konstruktiven Konfliktlösung würden hingegen Krieg, Instabilität sowie das Ausbleiben von Entwicklung und Fortschritt bedeuten, was keinem der genannten Staaten zugutekäme. Ein zukünftiger nationaler Staat Iran würde im Gegensatz zur Islamischen Republik, deren Politik primär auf die Ausweitung von Einfluss durch militärische Präsenz ausgerichtet war, dem erklärten Friedenswillen der iranischen Bevölkerung folgend eine breit angelegte wirtschaftliche und sicherheitspolitische Entwicklungsagenda verfolgen, die auf Kooperation, vertraglich geregelter Partnerschaft und friedlicher Koexistenz basiert. Darüber hinaus würde er andere Staaten dazu anhalten, sich solchen friedensorientierten Initiativen anzuschließen und diese aktiv zu unterstützen.

Im östlichen Grenzraum zu Pakistan gebieten es die strategischen Interessen Irans, die Problematik terroristischer Gruppierungen wirksam zu beseitigen. Wo immer bewaffnete islamistische Akteure oder Vertreter ethnisch reaktionärer Ideologien operieren, geraten Entwicklung, Sicherheit und menschenwürdige Lebensbedingungen in Gefahr. Die aktive Präsenz solcher Gruppierungen unterminiert die Grenzsicherheit sowohl Irans als auch Pakistans. Ihre Auflösung ist eine notwendige Voraussetzung dafür, dass Iran ohne anhaltende Spannungen eine konstruktive Zusammenarbeit mit seinen östlichen Nachbarstaaten gestalten kann. Die



an der pakistanischen Grenze operierenden terroristischen Gruppierungen haben wiederholt das Leben von Soldaten beider Seiten gefordert und zahlreiche weitere gefährdet. Das vorrangige Argument für eine konsequente Bekämpfung des Terrorismus liegt somit in der elementaren Verpflichtung zum Schutz menschlichen Lebens.

In einem zweiten Schritt ist zu berücksichtigen, dass die fortbestehende Präsenz terroristischer Strukturen in dieser Region, insbesondere in jenen Gebieten, in denen sich bedeutende Hafenanlagen Irans und Pakistans befinden, die land- und seegestützten Handelskooperationen im Arabischen Meer und im Persischen Golf erheblich gefährdet. Auch im Kaukasus kann Iran seinen legitimen Anteil und seine Rolle im Kontext von Stabilität und Sicherheitsgewährleistung wahrnehmen. Voraussetzung hierfür ist jedoch eine klare Zurückweisung expansiver panturkistischer Ideologien sowie deren wirksame Eindämmung. Aus der Perspektive des Verfassers ist jede Form von Spannung und Radikalismus, sei er religiöser, ethnischer oder nationalistischer Natur, geeignet, entwicklungsorientierte Programme grundlegend zu unterminieren. Solange in diesen geopolitisch sensiblen und strategisch bedeutsamen Räumen Instabilität, Unruhen und kriegerische Auseinandersetzungen vorherrschen, werden wirtschaftliche, soziale und humane Potenziale systematisch verspielt. Ohne Sicherheit sind die Staaten der Region weder in der Lage, verlässliche Handels-, Wirtschafts- und Investitionsprojekte zu realisieren, noch können sie

unter den Bedingungen andauernder Konflikte nachhaltige Entwicklungsprozesse initiieren. Abschließend ist ein weiterer zentraler Aspekt hervorzuheben: Ein zukünftiges Iran würde in der Region auch als Akteur zur Überwindung von Israel-Feindlichkeit und Antisemitismus wirken. Israel verfügt über vielfältige Potenziale, sowohl zur Förderung des Friedens als auch zur Unterstützung von Entwicklungsprozessen in den betreffenden Regionen beizutragen, wie sich unter anderem im syrischen Kontext gezeigt hat. Die Realisierung eines solchen Konzepts hängt in erster Linie von Iran selbst ab. Solange die nationale Sicherheit Irans nicht gewährleistet ist, das heißt solange die Islamische Republik fortbesteht, werden friedensorientierte Initiativen ohne nachhaltige Wirkung bleiben, wie es sich auch bei den Abraham Abkommen gezeigt hat, die in unterschiedlichen zeitlichen und regionalen Konstellationen fragil erschienen sind.

Eine vergleichbare Zielsetzung findet sich in den Überlegungen von Kronprinz Reza Pahlavi mit seinem Konzept eines sogenannten Cyrus Abkommens. Das zukünftige Iran beabsichtigt, als Förderer von Stabilität, Entwicklung und gegenseitigem Respekt aufzutreten, um eine dauerhafte Sicherheitsordnung zu ermöglichen, wie sie nach dieser Darstellung während der Regierungszeit Mohammad Reza Schahs zu beobachten war. Von dieser Sicherheitsordnung profitierten nicht nur die Staaten der Region, sondern auch weiter entfernte Akteure wie europäische Länder und die Vereinigten Staaten. Die in einem solchen Friedensrahmen liegenden wirtschaftlichen und sozialen Potenziale sind beträchtlich und könnten im Falle ihrer Verwirklichung zu einem umfassenden Nutzen für alle Beteiligten führen. Die nationale Sicherheit eines zukünftigen Iran würde demnach zugleich eine nachhaltige Sicherheit für die gesamte Region bedeuten.

„Ohne die Existenz der Islamischen Republik werden wir zweifellos eine bessere Welt haben.“



foto: Hossein Beris



Die wachsende Bedrohung Europas durch die Islamische Republik Iran



Dr. Ardavan M. Khoshnood,

ist Dozent für Notfallmedizin an der Universität Lund. Er besitzt einen Masterabschluss in Kriminologie von der Universität Malmö sowie einen Masterabschluss in Polizeiarbeit von der Universität Umeå. Darüber hinaus hat er einen Masterabschluss in Politikwissenschaft von der Universität Malmö erworben. Zudem ist er Mitglied des Herausgeberbeirats des Journal of Investigative Psychology and Offender Profiling.

Irans extraterritoriale Gewalt stellt ein strukturelles Element staatlicher Politik dar, das durch ein koordiniertes System aus Nachrichtendiensten, diplomatischen Plattformen, Proxy-Milizen und kriminellen Mittelsmännern umgesetzt wird. Verwurzt in der revolutionären Doktrin und operationalisiert durch Institutionen wie die Islamic Revolutionary Guard Corps (IRGC) und deren Auslandsarm, die Quds Force, hat dieser Apparat über Jahrzehnte hinweg Attentate, Bombenanschläge und Einschüchterungsmaßnahmen im Ausland ermöglicht – von den Folgen des Mykonos trial bis zum Anschlag auf das AMIA bombing in Buenos Aires.

Der iranische Aufstand 2025–2026 – gekennzeichnet durch massenhafte Repression und offene Forderungen nach einem Regimewechsel unter Führung von Kronprinz Reza Pahlavi – hat in Teheran die Wahrnehmung einer existenziellen Bedrohung verschärft und die transnationale Repression in Europa beschleunigt. Jüngste Fälle deuten auf eine Verlagerung hin zu Grauzonen-Taktiken, darunter die gezielte Rekrutierung europäischer krimineller Netzwerke sowie eine Ausweitung reputationsbezogener Einflussoperationen.

Unter Rückgriff auf aktuelle Ermittlungen und nachrichtendienstliche Erkenntnisse zeigt diese Studie, wie die Islamische Republik Terrorismus, organisierte Kriminalität und Zwangsdiplomatie strategisch miteinander verknüpft, um die Mobilisierung der Diaspora zu unterdrücken. Sie kommt zu dem Schluss, dass Europa nicht mit isolierten Vorfällen, sondern mit einer systematischen Kampagne konfrontiert ist, und skizziert politische Gegenmaßnahmen. Dazu zählen eine integrierte nachrichtendienstliche Abwehr, die gezielte finanzielle Disruption iranisch gesteuerter Netzwerke, restriktive diplomatische Maßnahmen sowie die konsequente Anwendung nationaler Strafverfolgungsinstrumente im Bereich der Staatsschutzdelikte.

I. Irans strategische Doktrin und extraterritoriale Gewalt

Die Außenpolitik der Islamischen Republik basiert auf einem ideologischen System, das die Sicherung des Regimes, den Export der Revolution und die Konfrontation mit wahrgenommenen externen Feinden miteinander verbindet. Fundamentale Texte der Revolution zeichnen internationale Beziehungen entlang der Kategorien von Unterdrückten und Unterdrückern, wobei Dissidenten als fremdunterstützte Bedrohungen dargestellt werden und extraterritoriale Repression legitimiert wird [1].

Die Verfassung Irans verankert die Verteidigung des globalen Islams als Teil der außenpolitischen Mission, während Institutionen wie die Islamische Revolutionsgarde (IRGC) und ihr extraterritorialer Arm, die Qods-Einheit (IRGC-QF), diese Konzepte operationalisieren [2].

Seit 1979 hat der Iran mindestens 160 extraterritoriale Attentate auf Dissidenten durchgeführt, darunter zahlreiche hochrangige Morde in Europa [3]. Das Mykonos-Verfahren—Deutschlands wegweisender Gerichtsprozess von 1997 bezüglich des Attentats auf iranische Oppositionsführer im Jahr 1992 im Restaurant Mykonos in Berlin—kam zu dem Schluss, dass die höchsten Führungsebenen Irans die Morde angeordnet hatten. Dies lieferte erstmals eine gerichtliche Feststellung, dass die oberste Führung der Islamischen Republik extraterritoriale Attentate direkt orchestrierte [4]. In ähnlicher Weise identifizierte der argentinische Staatsanwalt Alberto Nisman im Zusammenhang mit dem Bombenanschlag auf das AMIA-Jüdische Gemeindezentrum (Asociación Mutual Israelita Argentina) in Buenos Aires 1994, bei dem 85 Menschen getötet und mehr als 300 verletzt wurden, hochrangige iranische Offizielle und die IRGC, die über die Hisbollah agierten, als verantwortlich für die Planung und Durchführung der Operation [5].

Analysten heben wiederholt hervor, dass der Iran auf unkonventionelle Mittel—Terrorismus, militante Stellvertreter, verdeckte



Operationen—als Instrumente staatlicher Politik setzt, um konventionelle militärische Schwächen auszugleichen und seinen Einfluss zu erweitern [6]. Die IRGC-QF fungiert als primäres Organ für diese Aktivitäten, koordiniert mit der Hisbollah, irakischen Milizen und anderen regionalen Partnern und leitet verdeckte Operationen im Ausland [2].

Kurz gesagt, extraterritoriale Repression ist ein strukturelles Merkmal der Islamischen Republik und keine episodische Anomalie.

Der Aufstand 2025–2026 und das eskalierende existenzielle Bedrohungsempfinden des Regimes

Der landesweite Aufstand von 2025–2026 markierte eine qualitative Verschärfung der inneren Legitimationskrise der Islamischen Republik. Was ursprünglich als wirtschaftlich motivierte Protestbewegung begann, entwickelte sich rasch zu einem Massenaufstand mit expliziter Forderung nach einem Regimewechsel. Laut Berichten von Time wurden während der Niederschlagungskampagne mehr als 30.000 Demonstranten getötet, womit dies zu einer der tödlichsten Episoden staatlicher Gewalt in der Geschichte der Islamischen Republik wurde [7].

Entscheidend war, dass sich die Demonstrationen nicht mehr ausschließlich im Rahmen von Beschwerden über

Inflation, Arbeitslosigkeit oder Korruption bewegten. Die Protestierenden skandierten offen pro-monarchische Parolen und forderten die Wiederherstellung nationaler Souveränität unter demokratischer Führung, wobei breite öffentliche Unterstützung für Kronprinz Reza Pahlavi zum Ausdruck gebracht wurde [8]. Das Besondere an diesem Aufstand im Vergleich zu früheren Protestwellen war sein ausdrücklich politischer Charakter: Der Regimewechsel war nicht länger implizit, sondern offen artikuliert und über soziale Klassen und geografische Regionen hinweg formuliert.

Die Aufrufe von Kronprinz Reza Pahlavi zu koordiniertem zivilem Widerstand, nationaler Solidarität und internationaler Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des iranischen Volkes trugen dazu bei, eine fragmentierte Protestbewegung in eine kohärente Herausforderung gegenüber der klerikalen Diktatur zu transformieren. Von Teheran bis zu Provinzstädten unterstrichen Parolen, die sich auf Monarchie und nationale Erneuerung bezogen, eine breitere Ablehnung der revolutionären Ideologie zugunsten historischer Kontinuität und säkularer Regierungsführung.

Für die Führung in Teheran stellte dieser Aufstand nicht lediglich zivile Unruhe dar, sondern eine existentielle Bedrohung für das Überleben des Regimes. Das Ausmaß der Teilnahme, die explizite Ablehnung der ideologischen Grundlagen der Islamischen Republik und das Auftreten einer vereinigenden Oppositionsfigur veränderten die Wahrnehmung der Bedrohung des Regimes tiefgreifend. Interner Dissens wurde nicht länger als episodische Instabilität gesehen, sondern als koordinierter revolutionärer Prozess mit externer Resonanz.

II. Geheimdienstarchitektur und diplomatische Unterwanderung in Europa

Die Bedrohungsprojektion der Islamischen Republik in Europa erfolgt primär über zwei Geheimdienstapparate:

Das Ministerium für Geheimdienste (MOI): der zentrale zivile Geheimdienst, gegründet 1983, zuständig unter anderem für Überwachung, Infiltration und Eliminierung oppositioneller Netzwerke [9].

Die Geheimdienstorganisation der IRGC (IRGC-IO): ein mächtiger paralleler Apparat mit Mandat für interne Überwachung und Auslandsoperationen [2].

Das MOI unterhält umfangreiche Auslandsoperationen, historisch unterstützt durch russische Geheimdienste, und beschäftigt Tausende von Mitarbeitern unter einem Minister,



Die iranische Nationalflagge während der Proteste am 8. Januar 2026 in Teheran

der vom Obersten Führer geprüft wird [9, 10]. Die IRGC-IO führt häufig in Kooperation mit der Qods Force der IRGC extraterritoriale Verhaftungen und Entführungen durch [10, 11].

Die Entscheidungsfindung für sensible Auslandsoperationen erfolgt über den Obersten Rat für Nationale Sicherheit, dessen Beschlüsse erst nach Genehmigung durch den Obersten Führer wirksam werden, was die stark zentralisierte nationale Sicherheitsstruktur Irans widerspiegelt [12].

Der Assadi-Fall: Benchmark für iranischen diplomatischen Terrorismus

Die Festnahme und Verurteilung von Assadollah Assadi im Jahr 2018, offiziell Diplomat an der iranischen Botschaft in Wien, deckte Irans systematische Nutzung diplomatischer Deckung für Geheimdienstoperationen auf. Assadi war ein hochrangiger MOI-Beamter, der unter der Direktion 312 verdeckte Aktivitäten in Europa leitete [10]. Europäische Geheimdienste belegten, dass Assadi die Sprengung einer Oppositionskundgebung bei Paris plante, Sprengstoffe über die diplomatische Post transportierte und Agenten in mehreren EU-Staaten koordinierte.

Belgische Behörden kamen zu dem Schluss, dass die Operation „im Namen Irans und unter dessen Führung“ geplant wurde, ohne dass Anzeichen dafür vorlagen, dass Assadi unabhängig gehandelt habe. Nach seiner Verurteilung setzte Iran Geiselpolitik ein, indem europäische Staatsangehörige festgehalten wurden, um Belgien zu einem Gefangenenaustausch zu zwingen, und demonstrierte damit, wie Iran Terrorismus mit erzwungener Diplomatie kombiniert [10].

Iranische Botschaften waren wiederholt in Überwachung, Rekrutierung und operative Planung in Europa involviert [13]. Botschaften bleiben somit eine der wichtigsten operativen Plattformen Irans auf dem europäischen Kontinent.

III. Auslagerung von Gewalt: Irans kriminelle Intermediäre in Europa

Über Geheimdienstoffiziere und Diplomaten hinaus greift Iran zunehmend auf kriminelle Intermediäre zurück, um gewalttätige Operationen durchzuführen – eine Entwicklung, die mit modernen Theorien der Gray-Zone-Strategie übereinstimmt [11].

Gray-Zone-Wettbewerb bezeichnet Zwangsausübung

unterhalb der Schwelle konventioneller Konflikte, gekennzeichnet durch Leugnung, Gradualismus und hybride Instrumente [14]. Wissenschaftler betonen, dass der Iran ein führender Praktiker dieses Ansatzes ist und Stellvertreter sowie verdeckte Netzwerke nutzt, um politische Ziele zu verfolgen, während zugleich Risiken der Eskalation gemanagt werden [11, 15]. Offene Gesellschaften Europas mit ihren rechtlichen Schutzmechanismen machen diese Länder besonders anfällig für solche Taktiken [16].

Historische Präzedenzfälle

Der Einsatz krimineller Intermediäre durch Iran ist nicht neu. Mohsen Rafiqhdoust, ehemaliger IRGC-Minister, gab 2025 öffentlich zu, dass die IRGC baskische Separatisten beauftragt hatte, Morde in Europa durchzuführen, darunter Operationen gegen Prinz Shahriar Shafiq, General Gholam Ali Oveisi und Dr. Shapour Bakhtiar; diese Intermediäre wurden über verdeckte Konten bei der Frankfurter Niederlassung der Bank Saderat bezahlt [11].

Der Plan von 2011, den saudischen Botschafter in Washington zu ermorden, offenbarte IRGC-Bemühungen, ein gewalttätiges mexikanisches Drogenkartell zu engagieren, was eine signifikante Eskalation der Kooperationsbereitschaft Irans mit kriminellen Syndikaten markierte [17].

Zeitgenössische europäische Fälle (2015–2025)

Jüngste europäische Untersuchungen zeigen ein konsistentes Muster:

- In den Niederlanden wurde 2015 der Dissident Ali Motamed (Mohammad Reza Kolahi) von einem beauftragten Drogenhändler ermordet; niederländische Behörden kamen später zu dem Schluss, dass starke Indizien für iranische Beteiligung vorlagen [18].
- Zindashti, ein bedeutender iranischer Drogenhändler mit dokumentierten Verbindungen zu iranischen Geheimdiensten, wurde mit Morden, Entführungen und Einschüchterungskampagnen in der Türkei und Europa in Verbindung gebracht [19].
- In Deutschland und Frankreich berichtete *Der Spiegel* 2024, dass ein Netzwerk aus deutsch-iranischen und französisch-algerischen Kriminellen Brandanschläge und Überwachungen gegen jüdische und israelische Ziele durchführte, angeblich unter Anleitung eines Händlers, der aus dem Iran operierte [20].



- In Schweden bestätigte der Sicherheitsdienst 2024 öffentlich, dass iranische Geheimdienste schwedische Bandenmitglieder für gewalttätige Operationen rekrutierten, wobei die Verbindung zwischen den Banden und den iranischen Geheimdiensten als „klar“ und fortlaufend beschrieben wurde [21].

Diese Entwicklung spiegelt die wissenschaftliche Diskussion über die Konvergenz von organisierter Kriminalität und staatlichem Terrorismus wider, die davor warnt, dass hybride Netzwerke die traditionellen Grenzen zwischen Polizeiarbeit und nationaler Sicherheit untergraben.

IV. Transnationale Repression und Reputationskrieg

Irans Aktivitäten in Europa fügen sich in ein globales Muster transnationaler Repression ein, bei dem autoritäre Staaten Gegner im Ausland überwachen, bedrohen und angreifen. Freedom House dokumentiert, dass Iran regelmäßig Exiloppositionelle belästigt, überwacht, online einschüchert und physisch unter Druck setzt [22].

Neben physischen Bedrohungen setzt Iran zunehmend auf Reputationskrieg — Desinformation, Diffamierungskampagnen und moralische Skandale — angelehnt an historische Präzedenzfälle wie die sowjetischen und chinesischen Kompromat-Operationen sowie westliche Programme wie COINTELPRO [9]. Diese Taktiken zielen darauf ab, Diaspora-Gemeinschaften zu spalten und Oppositionsbewegungen zu delegitimieren, während direkte kinetische Reaktionen vermieden werden.

Die Kombination aus physischer Zwangsausübung, Online-Belästigung, diplomatischem Druck und krimineller Auslagerung macht Irans Repressionssystem außergewöhnlich adaptiv und für europäische Behörden schwer fassbar.

Folgen des Aufstands 2025–2026 in Iran

Der landesweite Aufstand von 2025–2026 dürfte Irans Abhängigkeit von extraterritorialer Repression beschleunigen. Historische Muster deuten darauf hin, dass das Regime bei Erosion der innerstaatlichen Legitimität seine Zwangsmaßnahmen im Ausland ausweitet. Angesichts beispiellosem innerem Dissens und einer selbstbewussten Oppositionsbewegung mit zunehmender internationaler Sichtbarkeit hat Teheran starke Anreize, Überwachung, Einschüchterung und Gewalt gegen im Ausland lebende Iraner zu intensivieren.



Die iranische Nationalflagge während der Proteste am 9. Januar 2026 in Hamadan

Diaspora-Gemeinschaften fungieren zunehmend als politische Verstärker: Sie organisieren Proteste, prägen internationale Narrative und unterstützen die Koordination der Opposition. Aus Sicht des Regimes stellen diese Netzwerke Multiplikatoren für innere Unruhen dar. Daher ist zu erwarten, dass iranische Geheimdienste ihre Zielsetzung auf Aktivisten, Journalisten, ehemalige Regierungsbeamte sowie vermeintliche Organisatoren in ganz Europa und Nordamerika ausweiten.

Diese Dynamik senkt auch Teherans Risikoschwelle. Die Kombination aus existenziellem innenpolitischem Druck und wahrgenommener Zurückhaltung westlicher Akteure wird wahrscheinlich zu einem aggressiveren Gray-Zone-Verhalten führen: verstärkter Einsatz krimineller Intermediäre, Ausweitung der Zielgruppen und größere operative Kühnheit unter Bedingungen plausibler Leugnung. Historisch korreliert innere Instabilität nicht mit moderater, sondern mit extraterritorialer Projektion von Repression.

Europa sollte daher iranische, mit dem Regime verbundene kriminelle Operationen, nicht als isolierte Sicherheitsvorfälle betrachten, sondern als frühe Indikatoren einer umfassenderen Kampagne zur Unterdrückung der Mobilisierung der Diaspora und Abschreckung internationaler Unterstützung für einen Regimewechsel. Das post-Aufstands-Umfeld markiert folglich den Übergang von episodischer extraterritorialer Gewalt zu einem systematischeren Versuch, die Opposition jenseits der iranischen Grenzen zu neutralisieren.

V. Politische Handlungsempfehlungen

1. Stärkung der Koordination im Bereich Gegenspionage in Europa

Europäische Geheimdienste bleiben zwischen Terrorismusbekämpfung, organisierter Kriminalität und Gegenspionage in Silos organisiert. Irans Netzwerke operieren hingegen über alle drei Bereiche hinweg. Studien zu hybriden Terroristen-Kriminellen-Netzwerken betonen die Notwendigkeit integrierter Maßnahmen, die Informationen über Finanzen, Gegenspionage und Strafverfolgung kombinieren.

Europa sollte:

- Gemeinsame Gegenspionage-Taskforces für Iran-verbundene Netzwerke einrichten.
- Informationsaustausch und operative Koordination zwischen EU- und NATO-Staaten verbessern.
- Bösertätige iranische Aktivitäten als strategische Bedrohung und nicht als isolierte Vorfälle behandeln.

2. Zielgerichtete Kontrolle iranischer Finanzkanäle und Beschaffungsnetzwerke

Iran hat historisch europäische Banken, Wohltätigkeitsorganisationen, Tarnfirmen und Kulturzentren genutzt, um gewalttätige Operationen zu finanzieren, wie Rafighdousts Eingeständnisse bezüglich Bank Saderat Frankfurt belegen [11].

Europa sollte:

- Iranisch verbundene Finanzinstitutionen und Non-Profits stärker überwachen.
- Mit den USA und dem Vereinigten Königreich koordinieren, um die Finanzierung von Attentatsnetzwerken zu unterbinden.

3. Reduktion des diplomatischen Fußabdrucks Irans in Europa

Angesichts wiederholter Hinweise darauf, dass iranische Botschaften als operative Hubs fungieren, muss Europa seine Risikotoleranz neu kalibrieren.

Europa sollte:

- Missionsgrößen reduzieren und diplomatische Privilegien einschränken.
- Strikte Überwachung von diplomatischem Reiseverkehr, Fracht und Treffen einführen.
- Diplomaten ausweisen, die in Überwachungs- oder Einflussoperationen verwickelt sind.

4. Behandlung iranisch unterstützter krimineller Netzwerke als nationale Sicherheitsbedrohung

Irans Rekrutierung europäischer Bandenmitglieder für operative Zwecke erfordert einen Ansatz jenseits traditioneller Strafverfolgung.

Europa sollte:

- Von Iran gesteuerte kriminelle Gruppen als nationale Sicherheitsbedrohung klassifizieren.
- Aktivitäten wie Brandstiftung, Erpressung, Überwachung und gezielte Gewalt nach nationalen Sicherheitsgesetzen verfolgen.
- Rechtliche Definitionen für ausländisch gesteuerte Repression erweitern.

VI. Fazit

Irans Aktivitäten in Europa stellen eine persistente, strukturierte und eskalierende Bedrohung dar. Durch Geheimdienstmitarbeiter, diplomatische Plattformen, kriminelle Intermediäre und gezielte Informationskriegsführung führt Teheran eine langfristige Kampagne extraterritorialer Repression und strategischer Einflussnahme durch. Europas fragmentierte Herangehensweise ermöglicht dieses Verhalten. Durch die Stärkung der Koordination der Gegenspionage, die gezielte Bekämpfung von Finanznetzwerken, die Reduzierung des diplomatischen Fußabdrucks Irans und die Behandlung iranisch verbundener krimineller Netzwerke als nationale Sicherheitsbedrohung kann Europa die von Iran ausgenutzten Grauzonen schließen - und endlich Kohärenz in seine Reaktionsstrategien bringen.



VII. Literaturverzeichnis

- [1] Tadjbakhsh Shahrbanou (2010). International Relations Theory and the Islamic Worldview. In *Non-Western International Relations Theory: Perspectives on and Beyond Asia*, edited by Amitav Acharya and Barry Buzan, 174–196. London: Routledge.
- [2] Khoshnood Ardavan (2020). The Role of the Qods Force in the Foreign Policy of the Islamic Republic of Iran. *Central European Journal of International and Security Studies*, 14(3);4-33.
- [3] Iran Human Rights Documentation Center (2008). No Safe Haven: Iran's Global Assassination Campaign. <https://iranhrdc.org/no-safe-haven-irans-global-assassination-campaign/>
- [4] Iran Human Rights Documentation Center (2011). Murder at Mykonos: Anatomy of a Political Assassination. <https://iranhrdc.org/murder-at-e-anatomy-of-a-political-assassination/>
- [5] Nisman Alberto and Burgos Marcelo M. (2006). AMIA Case. Office of Criminal Investigations. Investigations Unit of the Office of the Attorney General.
- [6] Byman Daniel (2015). State Sponsor of Terror: The Global Threat of Iran, Washington: U.S. House of Representatives Committee on Foreign Affairs Subcommittee on Terrorism, Nonproliferation, and Trade.
- [7] Serjoie Kay Armin, Saberi Roxana, and Jamalpour Fatemeh. (2026). Iran Protest Death Toll Could Top 30,000, According to Local Health Officials. Time. <https://time.com/7357635/more-than-30000-killed-in-iran-say-senior-officials/>
- [8] BBC. (2026). Reza Pahlavi, the exiled son of Iran's last shah at centre of protest chants. BBC News Persian. <https://www.bbc.com/news/articles/c62wx1gr8y4o>
- [9] Wege, Carl Anthony (1997). Iranian Intelligence Organizations." *International Journal of Intelligence & Counterintelligence*. 10(3);287–298.
- [10] Khoshnood, Ardavan M. & Khoshnood, Arvin (2024). The Islamic Republic of Iran's Use of Diplomats in Its Intelligence and Terrorist Operations against Dissidents: The Case of Assadollah Assadi. *International Journal of Intelligence & Counterintelligence*. 37(3);976–992.
- [11] Khoshnood, Ardavan M. (2025): The Islamic Republic of Iran's use of criminal intermediaries for extraterritorial assassinations and covert violence: a gray zone strategy of outsourced repression. *Small Wars & Insurgencies*, Epub ahead of print.
- [12] Constitution of the Islamic Republic of Iran, Article 176.
- [13] Levitt, Matthew (2018). Iran's Deadly Diplomats. *CTC Sentinel*. 11;10–15.
- [14] Mazarr, Michael J (2015). Mastering the Gray Zone: Understanding a Changing Era of Conflict. Pennsylvania: US Army War College Press.
- [15] Eisenstadt, Michael (2021). Iran's Gray Zone Strategy. *Prism*. 9(2);77–97.
- [16] Braw, Elisabeth (2021). Countering Aggression in the Gray Zone. *Prism*. 9(3);62–75.
- [17] U.S. Department of the Treasury (2011). "Treasury Sanctions Five Individuals Tied to Iranian Plot to Assassinate the Saudi Arabian Ambassador to the United States." United States Department of the Treasury. <https://home.treasury.gov/news/press-releases/tg1320>
- [18] General Intelligence and Security Service of the Netherlands and National Coordinator for Counterterrorism and Security (2025). "Crossing Borders: State-Sponsored Interference in Diaspora Communities in the Netherlands". <https://english.nctv.nl/binaries/nctv-en/documenten/publications/2025/03/24/phenomenon-analysis-crossing-borders/Crossing+Borders+AIVD-NCTV.pdf>
- [19] U.S. Department of the Treasury (2024). "The United States and United Kingdom Target Iranian Transnational Assassinations Network." United States Department of the Treasury. <https://home.treasury.gov/news/press-releases/jy2052>
- [20] Becker, S., and W. Wiedmann-Schmidt (2024). "Drecksarbeit Für Die Mullahs." *Der Spiegel* 37 (2024): 36–38.
- [21] Swedish Security Service. "Iran Is Using Criminal Networks in Sweden." Swedish Security Service. Accessed April 5, 2024. <https://sakerhetspolisen.se/ovriga-sidor/other-languages/english-engelska/press-room/news/news/2024-05-30-iran-is-using-criminal-networks-in-sweden.html>
- [22] Schenkkan, Nate, and Isabel Linzer. Transnational Repression. Washington D.C.: Freedom House, 2021.





Irans Wasserüberkrise: Folge fehlerhafter territorialer Governance

**Die Wasserkrise in Iran als Ergebnis
ineffizienter territorialer Steuerung –
eine stille Bedrohung für europäische
Interessen**



Mahmoudreza Momeni, Ph.D,

Doktor der Atmosphärenwissenschaften
Seniorwissenschaftler am Institut für Umwelt sowie am Zentrum für Umweltmodellierung
zur Politikgestaltung der Universität von North Carolina

Agrarische Selbstversorgung, Verfassung, Staat, „Anfal“-Ressourcen, Klimawandel und der Zusammenbruch der Wasserressourcen

Der heutige Iran sieht sich einer der tiefgreifendsten Umweltkrisen seiner Geschichte gegenüber. Ein drastischer Rückgang der Stauseen, das Austrocknen von Flüssen und Feuchtgebieten, beispiellose Einbrüche im Grundwasserspiegel, großflächige Bodensenkungen in den Ebenen des Landes sowie das Entstehen sozialer und regionaler Konflikte um Wasser sind allesamt Indikatoren, die den Eintritt des Landes in eine Phase jenseits einer klassischen Krise signalisieren – eine Phase, die viele Expert:innen als „Wasserüberkrise“ (Super-Water-Crisis) bezeichnen.

In diesem Kontext wird in offiziellen Darstellungen und medialen Berichten wiederholt hervorgehoben, dass etwa 90 Prozent des Wasserverbrauchs im Land auf die Landwirtschaft entfallen. Diese Aussage ist zwar statistisch korrekt, birgt jedoch in ihrer verbreiteten Form eine schwerwiegende analytische Verzerrung. Der Begriff „Landwirtschaft“ wird hierbei ohne Differenzierung der tatsächlichen Verbrauchsstrukturen verwendet und wird im öffentlichen Bewusstsein unwillkürlich auf „kleinbäuerliche Besitzer“ oder einzelne Landwirt:innen reduziert.

Die Folge dieser Simplifizierung ist, dass die schwächsten Glieder der Wassernutzungskette – Kleinbauern und Bevölkerung – als Hauptverantwortliche stigmatisiert werden, während die Rolle der zentralen Akteure der Krise weitgehend verborgen bleibt. Für ein adäquates Verständnis der Wasserkrise im Iran ist es daher unerlässlich, diese unvollständige Narration zu überwinden und die juristischen, ideologischen, institutionellen und klimatischen Grundlagen des landwirtschaftlichen Wasserverbrauchs systematisch zu analysieren.

Artikel 43 der Verfassung und die Institutionalisierung der agrarischen Selbstversorgung

Die Betonung der Selbstversorgung in Produktion und Versorgung durch die Islamische Republik lässt sich direkt auf Artikel 43 der Verfassung der Islamischen Republik Iran zurückführen. Gemäß diesem Artikel soll das Wirtschaftssystem so gestaltet werden, dass es einerseits die grundlegenden Bedürfnisse der Bevölkerung erfüllt und andererseits wirtschaftliche Unabhängigkeit sowie Selbstversorgung in Produktion und Versorgung gewährleistet,

um die Abhängigkeit vom Ausland zu reduzieren.

Im Kontext der Nach-Revolutionsphase nach 1979 – und insbesondere vor dem Hintergrund von Krieg, Sanktionen und einem öffentlichen Diskurs über den Kampf gegen den Imperialismus – wurde dieser Artikel so interpretiert, dass die landwirtschaftliche Selbstversorgung nicht länger als temporäre wirtschaftspolitische Maßnahme, sondern als ideologisch und sicherheitspolitisch gebotene Pflicht verstanden wurde. Der Import von Nahrungsmitteln, selbst unter Bedingungen akuter Wasserknappheit, galt als Zeichen von Schwäche und Abhängigkeit, während die Steigerung der inländischen Produktion ungeachtet ökologischer Kosten als politisches Ideal hochstilisiert wurde. Diese Interpretation prägte die Agrar- und Wasserpolitik der folgenden vier Jahrzehnte entscheidend.

Von der Selbstversorgung zur direkten staatlichen Intervention in der Landwirtschaft

Im Rahmen dieser Auslegung von Artikel 43 verblieb der Staat nicht lediglich Beobachter oder Regulierer des Agrarsektors, sondern sah sich verpflichtet, direkt in die Produktion einzugreifen. Das Ergebnis war die Gründung und Expansion großflächiger staatlicher Agrar- und Industriekomplexe, deren Ziel die Sicherstellung der Selbstversorgung in strategischen Produkten wie Weizen, Zucker, Reis, Mais und anderen Grundnahrungsmitteln war. Komplexe wie Kesht-e va San'at Moghān, Karun, Nischkar Haft-Tappeh, Dezful, Feka und Shahed dienen als paradigmatische Beispiele dieser direkten staatlichen Intervention.

Diese Einrichtungen verfügten über garantierten Zugang zu enormen Oberflächen- und Grundwasserressourcen, profitierten von massiven Wasser- und Energiezuschüssen und operierten de facto außerhalb der Beschränkungen, die auf Kleinbauern angewendet wurden. Ein anschauliches Beispiel bietet die staatliche Zuckerrohrindustrie in Khuzestan, die jährlich rund 4 Milliarden Kubikmeter Wasser verbraucht. Zum Vergleich: Die im Frühjahr 2025 gespeicherte Wassermenge in den Stauseen von Khuzestan betrug etwa 4,5 Milliarden Kubikmeter – das heißt, nahezu das gesamte Jahresvolumen der Stauseen einer Provinz wird durch eine einzelne staatliche Agrarindustrie verbraucht. Dies geschieht unter Bedingungen, in denen Khuzestan mit ernststen ökologischen Krisen, Wasserverseuchung, dem Austrocknen von Feuchtgebieten und sozialen Spannungen infolge von Wasserknappheit konfrontiert ist.



Anfal: Der größte intransparente Wasserverbraucher

Neben dem Staat haben auch die an die Anfal-Institutionen (vertretend für den Obersten Rechtsgelehrten, *Wali Faqih*) gebundenen Organisationen eine zentrale Rolle in der Landwirtschaft übernommen. Institutionen wie Astan Quds Razavi, das Exekutivbüro des Imam-Befehls, die Stiftung der Bedürftigen, die Märtyrer-Stiftung und die Vakuf-Organisationen kontrollieren große Landflächen und erhebliche Wasserressourcen. Ihre Handlungen werden mit dem Recht auf Versorgung grundlegender Bedürfnisse, der Umsetzung der Verfassung sowie mit der Förderung von Nicht-Öl-Exporten unter Sanktionen gerechtfertigt.

Beispiele für aktive Akteure innerhalb von Astan Quds Razavi sind: Razavi Agrarunternehmen, Chenaran Agrar- und Stiftungsunternehmen, Esfarayen Agrar- und Industriekomplex, Anabad Agrar- und Industriekomplex, Sarakhs Agrar- und Industriekomplex, die Obstgärten von Astan Quds Razavi, Musterfarm-Institut, Süd-Khorasan Agrar- und Stiftungsunternehmen sowie das Agrar- und Stiftungsinstitut Semnan. Gemeinsame Merkmale dieser Institutionen sind fehlende Transparenz und mangelnde Verantwortlichkeit im Umgang mit Wasserressourcen. Sie operieren außerhalb einer ökologisch fundierten Kosten-Nutzen-Logik und entziehen sich faktisch jeglicher öffentlicher Kontrolle. Dadurch haben die Anfal-Institutionen den Status des größten unsichtbaren und nicht-rechenschaftspflichtigen Wasserverbrauchers im Land erreicht.

Beispielhaft: In der Provinz Razavi Khorasan entfallen auf die Landwirtschaft dieser Institutionen jährlich 0,5 Mrd. m³ Oberflächenwasser und 3,6 Mrd. m³ Grundwasser, wobei letzteres überwiegend Astan Quds Razavi gehört. Zum Vergleich: Das jährliche Defizit der Grundwasserspiegel im gesamten Iran beträgt etwa 5,25 Mrd. m³.

Neuausrichtung der Wasserpolitik im Iran: Vom Nachfragemanagement zur Angebotssteigerung

Die territoriale Governance unter dem Diktum der landwirtschaftlichen Selbstversorgung hat die iranische Wasserpolitik grundlegend verändert. Anstelle einer Anpassung an klimatische Gegebenheiten und eines nachfrageorientierten Managements trat eine Politik der Maximierung des Wasserangebots um jeden Preis. Diese Strategie verfolgte drei Hauptachsen:

1. Intensive Staudammprojekte
2. Interbasinale Wassertransfers
3. Unkontrollierte Grundwasserentnahme

Explosion des Staudammbaues nach 1979

Ein markantes Beispiel für diesen Richtungswechsel ist der massive Ausbau der Staudämme während der Herrschaft der Islamischen Republik. Offiziellen Statistiken zufolge stieg die Anzahl der errichteten oder in Betrieb befindlichen Dämme seit 1979 von 19 auf 648 – also um das 30-fache. Diese Dämme bilden das Rückgrat der Politik zur Selbstversorgung. Viele Dämme wurden nicht primär zur Trinkwasserversorgung oder zum Erhalt ökologischer Flussläufe gebaut, sondern zur Sicherstellung der Wasserzufuhr für staatliche Großkomplexe und Anfal-Institutionen. Die Folgen waren unterbrochene Flussläufe, ausgetrocknete Feuchtgebiete und die Abhängigkeit der Landwirtschaft von teuren, ökologisch nicht nachhaltigen Infrastrukturen.“

Wassertransfer: Ausweitung der Krise auf nationaler Ebene

Parallel zum Staudammbau wurden interbasinale Wassertransferprojekte entwickelt, um die Landwirtschaft auf dem niederschlagsarmen Zentralplateau zu unterstützen. Ursprünglich zur Trinkwasserversorgung geplant, wurden diese Projekte zunehmend zur Förderung der Landwirtschaft, wodurch die lokale Wasserkrise zu einer landesweiten Krise eskalierte.

Beispiel: Das Qom-Rud-Projekt leitete Wasser aus der Quelle Sardab Aligudarz in Lorestan zum Kooshari- und 15-Khordad-Staudamm in der Provinz Isfahan, offiziell zur Versorgung der Städte Khomein, Golpayegan, Saveh und Qom. Nach Berichten wurde ein erheblicher Teil des Wassers jedoch zur Bewässerung der Agrar- und Industriekomplexe von Staat und Anfal verwendet.

Grundwasserentnahme, Aquiferausfall und Landabsenkung

Die gravierendste Folge der Selbstversorgungspolitik war die explosive Zunahme tiefer und mitteltiefer Brunnen. Diese Brunnen, ursprünglich als Notlösung gedacht, wurden zur Hauptquelle der landwirtschaftlichen Wasserversorgung. In den letzten vier Jahrzehnten wurden etwa zwei Drittel des iranischen Grundwassers verbraucht oder gingen verloren.





Zayandeh-rood, Isfahan

Der drastische Rückgang der Grundwasserspiegel führte zu:

- Landabsenkung (Subsidenz)
- Versalzung von Böden und Wasser
- Zerstörung lokaler Landwirtschaft
- Migration und soziale Spannungen

Beispielsweise sind in den Ebenen von Kerman, Teheran, Mashhad, Isfahan, Gorgan und Fars Landabsenkungen von über 20 cm dokumentiert; Experten und Verantwortliche berichten, dass praktisch 70 % der iranischen Ebenen betroffen sind.

Klimawandel: Verstärkender Faktor der Wasserkrise

Neben den strukturellen Faktoren hat der Klimawandel als verstärkender Faktor die übergreifende Wasserkrise (Super-Wasserkrise) im Iran weiter verschärft. Laut Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) ist die Auswirkung des Klimawandels auf den Iran mehr als doppelt so hoch wie der globale Durchschnitt. In den letzten Jahren ist die Niederschlagsmenge im Land um etwa 39 % gegenüber dem langfristigen Mittel gesunken, während die Durchschnittstemperatur um rund 2 °C gestiegen ist.

Dieser Temperaturanstieg führt zu einer erhöhten Verdunstung aus Stauseen und zu einer Intensivierung

der Evapotranspiration in natürlichen Ökosystemen und der Landwirtschaft, wodurch die Effizienz des Wasserverbrauchs pro Einheit deutlich reduziert wird. Das kumulative Resultat dieser Faktoren ist ein Rückgang der erneuerbaren Wasserressourcen um etwa 40 %. Der Klimawandel ist zwar nicht die primäre Ursache der Krise, verstärkt jedoch in Kombination mit der landwirtschaftlichen Selbstversorgungsstrategie, ineffizienter territorialer Governance und inadäquatem Wasser-Management die Geschwindigkeit und das Mass der Ressourcenerschöpfung erheblich.

Export von Wasser und subventionierter Energie

Ein signifikanter Anteil der in diesem System produzierten landwirtschaftlichen Güter wird exportiert. Im Jahr 2023 belief sich der Wert der Agrarexporte auf ca. 6,2 Mrd. US-Dollar, was etwa 6 % der Gesamtexporte des Landes entspricht. Fachleute weisen darauf hin, dass diese Exporte mit einem virtuellen Wasserexport von rund 6 Mrd. m³ verbunden sind.

„Virtuelles Wasser“ bezeichnet die Wassermenge, die für die Produktion landwirtschaftlicher Güter benötigt wird. Angesichts eines jährlichen Defizits der Grundwasserspiegel von rund 5 Mrd. m³ bedeutet dies, dass durch diese Exporte nicht nur landwirtschaftliche Produkte, sondern auch subventioniertes Wasser und Energie faktisch kostenlos



exportiert werden – und das in einer Phase schwerer Wasser- und Energieknappheit im Land.

Auswirkungen der Super-Wasserkrise im Iran auf Europa: Von Umweltzerfall bis geopolitischer Instabilität

Die Super-Wasserkrise im Iran stellt nicht lediglich eine nationale oder regional begrenzte Krise innerhalb geographischer Grenzen dar, sondern entfaltet im Kontext der Verflechtung globaler ökologischer, wirtschaftlicher und geopolitischer Systeme weitreichende Konsequenzen, von denen auch Europa direkt und indirekt betroffen sein wird. Der Umwelt- und Wasserressourcenzerfall im Iran, einem der bevölkerungsreichsten Länder des Nahen Ostens mit über 85 Millionen Einwohnern und einer strategischen Lage als Verbindung zwischen Zentralasien, dem Persischen Golf und dem Kaukasus, kann zu einem Destabilisierungsfaktor für das europäische Sicherheitsumfeld werden.

Als Erstes stellt die Zunahme sozialer Instabilität und klimabedingter Migration den wichtigsten Übertragungskanal dieser Krise nach Europa dar. Das Austrocknen von Grundwasserleitern, der Zusammenbruch lokaler Agrarsysteme, Bodensenkungen und der Verlust von Lebensgrundlagen für Millionen von Menschen – insbesondere in Zentral-, Ost- und Südiran – erzeugen ein erhebliches Potenzial für neue Wellen klimabedingter Migration. Aktuell ist ein erster Anstieg interner klimabedingter Migration im Iran zu beobachten, der mittelfristig Europa erreichen wird. Die Erfahrungen aus der syrischen Krise haben gezeigt, dass Umwelt- und Wasserressourcenzerfall rasch zu sozialer Destabilisierung und massiven Migrationsbewegungen führen kann – deren Endziel zu einem signifikanten Teil Europa war. In diesem Kontext kann die iranische Wasser- und Umweltkrise mittelfristig als verdeckter Treiber von Migrationsdruck auf die Europäische Union wirken.

Zweitens wirkt sich die Krise aus der Perspektive der geopolitischen Stabilität in Europas Umgebung strukturell auf die Governance-Kapazitäten, die soziale Kohäsion und die territoriale Kontrolle des Iran aus. Frühere Erfahrungen im Nahen Osten zeigen, dass der Zusammenbruch natürlicher Ressourcen, insbesondere von Wasser, schrittweise zu innerstaatlichen Spannungen, Bevölkerungsverschiebungen und chronischer Instabilität führen kann. In einem Land mit der geopolitischen Position des Iran bedeutet dies ein erhöhtes Risiko für eine der sensibelsten Sicherheitszonen Europas, eine Zone, die für Energiesicherheit, Handelsrouten und das Management regionaler Krisen von entscheidender Bedeutung ist.

Auf einer übergeordneten Ebene verdeutlicht die Super-Wasserkrise im Iran den wachsenden Zusammenhang zwischen Umweltzerfall und regionaler Destabilisierung, eine Verbindung, die direkt mit den strategischen Interessen Europas verknüpft ist. Die Europäische Union, die sich selbst als führenden Akteur in den Bereichen Klimapolitik und nachhaltige Entwicklung betrachtet, kann nicht untätig gegenüber dem Zusammenbruch vitaler Ressourcen in ihrer geopolitischen Nachbarschaft bleiben. Die Umweltinstabilität im Iran ist keine entfernte Krise, sondern ein integraler Bestandteil des instabilen regionalen Umfelds, das früher oder später auf die Grenzen Europas übergreifen wird.

Folglich muss die Super-Wasserkrise im Iran nicht nur als innerstaatliches Problem, sondern als langfristig relevanter geopolitischer Faktor für Europa verstanden werden – ein Faktor, der in der Schnittmenge von Umwelt, Sicherheit, Migration und geopolitischer Stabilität liegt. Ein Ignorieren dieser Krise bedeutet eine zeitliche Verschiebung der Kosten, nicht ihre Vermeidung. Aus dieser Perspektive ist ein Iran mit kollabierenden Wasserressourcen für Europa nicht nur ein problematischer Nachbar, sondern ein entscheidender Variablenfaktor im Sicherheitsgefüge des Kontinents.

Quellen:

1. Islamic Republic News Agency. (2023, April 25). *Supplying 55 % of annual water consumption from groundwater aquifers* [in Persian]. IRNA. <https://www.irna.ir/news/85091849/>
تامین ۵۵ درصد آب-مصرفی-سالانه-از-سفره-های-زیرزمینی
2. Khabarban. (2025). *Latest political, economic, sports, and social news*. <https://khabarban.com/>
3. Haghshenas Haghighi, M., & Motagh, M. (2024). *Uncovering the impacts of depleting aquifers: A remote sensing analysis of land subsidence in Iran*. *Science Advances*, 10(19), eadk3039. <https://doi.org/10.1126/sciadv.adk3039>
4. Intergovernmental Panel on Climate Change. (2019). *Climate Change and Land: An IPCC special report on climate change, desertification, land degradation, sustainable land management, food security, and greenhouse gas fluxes in terrestrial ecosystems* (SRCL). <https://www.ipcc.ch/srcl/>
5. Government Information Council Secretariat. (2024, April 30). *Details of \$6.2 billion agricultural export announced*. Official Government Information Portal of the Islamic Republic of Iran. <https://dolat.ir/detail/446888>



Die Vorbereitung auf den politischen Übergang in Iran: Warum Deutschland und Europa jetzt mit der Handelsplanung beginnen sollten

Argumente für Investitions- und Handelsbereitschaftsplanung



Dr. Aidin Panahi,

ist Forschungsassistentenprofessor im Bereich der Ingenieurwissenschaften mit ausgewiesener Expertise in den Feldern Energie, Industriepolitik und Energiesicherheit. Er erwarb den Doktorgrad im Fach Maschinenbau an der Northeastern University in Boston und absolvierte anschließend ein Postdoktorat am Massachusetts Institute of Technology (MIT).

Dr. Panahi verfügt über Lehrerschaft an renommierten Hochschulen, darunter die Harvard University, und ist Inhaber mehrerer Patente im Bereich innovativer Energietechnologien. Darüber hinaus war er in beratender Funktion für das Energieministerium der Vereinigten Staaten tätig. Seine Analysen und Fachbeiträge erschienen unter anderem in der Jerusalem Post, im Middle East Forum sowie in der Washington Times.

Die Islamische Republik Iran durchlebt gegenwärtig die schwerste Krise ihrer nahezu fünf Jahrzehnte währenden Existenz. Landesweite Proteste brachen Ende Dezember 2025 aus, ausgelöst durch den Zusammenbruch des Rial und eine Inflationsrate von 42 %, und eskalierten zu einem der bedeutsamsten Volksaufstände, die das Land je erlebt hat. Parallel dazu hat die Europäische Union ihre seit einem Jahrzehnt umfassendsten Sanktionen gegen das Regime erschärft. Unter den aktuellen Rahmenbedingungen ist ein normales europäisches Handelsengagement mit Iran rechtlich eingeschränkt, finanziell unpraktikabel und strategisch inkohärent.

Dennoch bleibt die ökonomische Komplementarität zwischen Irans Wiederaufbaubedarf und den industriellen Kapazitäten Europas vollständig intakt, wobei die Umsetzung von Investitions- und Handelsstrategien auf eine veränderte politische Führung wartet. Eine frühzeitige, strukturierte Planung für Handels- und Investitionsbereitschaft würde es Deutschland und Europa ermöglichen, sobald sich ein politisches Zeitfenster eröffnet, mit Geschwindigkeit, Glaubwürdigkeit und kommerziellem Fokus zu agieren und dadurch einen komparativen Vorteil zu realisieren.



1. Die Sanktionsstruktur: Veränderungen seit September 2025

Die Iranpolitik Europas trat am 29. September 2025¹ in eine neue Phase ein, als der Rat der Europäischen Union die unter dem Joint Comprehensive Plan of Action von 2015 (JCPOA) ausgesetzten wirtschaftlichen und finanziellen Nuklear-Sanktionen wieder in Kraft setzte. Auslöser war der von Frankreich, Deutschland und dem Vereinigten Königreich aktivierte E3-Snapback-Mechanismus, nachdem Irans dokumentierte Nichteinhaltung seiner nuklearen Verpflichtungen festgestellt worden war. Das in Kraft getretene Sanktionspaket umfasst: die Einfrierung von Vermögenswerten der Zentralbank Irans sowie bedeutender Geschäftsbanken, darunter Bank Melli und Bank Mellat; Handelsverbote für Rohöl, Petrochemikalien und zentrale Ausrüstungen des Energiesektors; Investitionsverbote in Irans Öl-, Gas- und Petrochemiesektoren; sowie Einschränkungen bei Geldtransfers zwischen EU- und iranischen Finanzinstituten.

Vier Monate später, am 29. Januar 2026², verabschiedete der Rat ein weiteres Paket, das 15 Personen und 6 Einrichtungen — darunter Irans Innenminister und Generalstaatsanwalt — wegen schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen sowie 4 Personen und 6 Einrichtungen für die fortgesetzte Lieferung von Drohnen- und ballistischen Raketenteilen an Russlands Kriegseinsatz zielte. Parallel dazu hat das Europäische Parlament allen iranischen Diplomaten den Zutritt zu den Parlamentsgebäuden untersagt. Die Gesamtzahl der unter EU-Sanktionen gelisteten Personen beträgt nun 247, wobei 50 Einrichtungen erfasst sind.

Für europäische Unternehmen ist die kumulative Wirkung eindeutig: Unter dem gegenwärtigen Regime stellt der iranische Markt weder einen betretbaren noch planbaren oder nachhaltig nutzbaren Wirtschaftsraum dar, solange die bestehende Rechtsarchitektur gilt. Kein Compliance-Beauftragter, Versicherer oder Exportkreditinstitut kann diese Risiken zuverlässig für langfristige Handels- und Investitionsverpflichtungen eingehen.

2. Die Handelsrealität: Eine Beziehung im Wert von 4,5 Milliarden Euro weit unter ihrem Potenzial

Das Ausmaß der bislang ungenutzten wirtschaftlichen Chancen lässt sich am besten anhand der Handelsdaten verdeutlichen. Nach Angaben der Generaldirektion Handel der Europäischen Kommission³ belief sich der bilaterale Warenhandel zwischen der Europäischen Union und Iran im Jahr 2024 lediglich auf 4,5 Milliarden Euro, davon 3,7 Milliarden Euro Exporte aus der EU und 0,8 Milliarden Euro Importe aus Iran. Dieser Wert ist marginal, da Iran lediglich 0,1 Prozent der Warenexporte der Europäischen Union in Nicht EU-Staaten ausmacht. Zum Vergleich: Im Jahr 2004 betrug das Handelsvolumen zwischen der Europäischen Union und Iran noch 19,5 Milliarden Euro, während 2011 mit über 27 Milliarden Euro ein historisches Maximum erreicht wurde. Die heutigen Handelsvolumen spiegeln somit einen strukturellen Rückgang von etwa 80 Prozent im Vergleich zum Höchststand wider.

Deutschland bleibt der wichtigste bilaterale Handelspartner Irans⁴ innerhalb der Europäischen Union und verantwortete im Jahr 2024 32,6 Prozent des gesamten Handelsvolumens zwischen der Europäischen Union und Iran, mit Exporten in Höhe von 1,27 Milliarden Euro und Importen von 212 Millionen Euro. Die deutschen Exporte konzentrierten sich 2024 vor allem auf Industrieanlagen und Maschinen in Höhe von 520 Millionen Euro sowie auf chemische Produkte. Diese Zahlen sind zwar in absoluten Beträgen substanziell, stellen jedoch nur einen Bruchteil dessen dar, was Deutschlands industrielle Präsenz in Iran einst ausmachte. Im Jahr 2018 beliefen sich die Exporte noch auf 1,8 Milliarden Euro, bevor die sekundären Sanktionen der Vereinigten Staaten wieder in Kraft traten.

Iran verfügt über eine Bevölkerung von etwa 90 Millionen Menschen, besitzt die zweitgrößten nachgewiesenen Gasreserven und die viertgrößten nachgewiesenen Ölreserven der Welt. Das Bruttoinlandsprodukt vor den Sanktionen positionierte Iran unter den zwanzig größten Volkswirtschaften weltweit. Die Diskrepanz zwischen diesem fundamentalen wirtschaftlichen Potenzial und den aktuellen Handelsvolumen ist nahezu ausschließlich auf Governance Mängel und die bestehende Sanktionsarchitektur zurückzuführen.

1 <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2025/09/29/iran-sanctions-snapback-council-reimposes-restrictive-measures/>

2 <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2026/01/29/iran-council-adopts-new-sanctions-over-serious-human-rights-violations-and-iran-s-continued-support-to-russia-s-war-of-aggression-against-ukraine/>

3 https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/iran_en

4 <https://www.euronews.com/business/2026/01/31/eu-condemns-irans-bloody-crackdown-but-who-trades-most-with-tehran>

Wesentliche Handelskennzahlen — 2024

- **Gesamtwarenhandel zwischen der Europäischen Union und Iran:** 4,5 Milliarden Euro [European Commission, DG Trade]
- **Exporte der EU nach Iran (Maschinen und Transportausrüstung):** 1,28 Milliarden Euro (34 Prozent des Gesamtvolumens) [Eurostat, 2024]
- **Exporte der EU nach Iran (Chemikalien):** 1,13 Milliarden Euro (31 Prozent des Gesamtvolumens) [Eurostat, 2024]
- **Deutschlands Anteil am EU–Iran Handel:** 32,6 Prozent (1,48 Milliarden Euro Gesamtbilateral) [Euronews / Eurostat, Jan 2026]
- **EU–Iran Handel auf dem Höchststand (2011):** über 27 Milliarden Euro [European Commission]
- **Rückgang vom Höchststand bis 2024:** etwa 83 Prozent [berechnet aus Daten der Kommission]

3. Der Krisenmoment: Warum die Übergangsdiskussion nicht länger theoretischer Natur ist

Die landesweiten Proteste, die ab dem 28. Dezember 2025⁵ in Iran ausbrachen, stellen die bislang bedeutendste populäre Herausforderung für die Islamische Republik seit der Revolution von 1979 dar. Der unmittelbare Auslöser waren ökonomische Missstände. Der Rial kollabierte auf ein Rekordtief von etwa 1,45 Millionen pro US-Dollar, kombiniert mit einer Lebensmittelpreise-Inflation von 72 Prozent im Jahresvergleich und einer offiziellen Inflationsrate von 42 Prozent im Dezember 2025. Die Proteste breiteten sich auf alle 31 iranischen Provinzen aus und mobilisierten Kaufleute, Studierende, Arbeiter und andere Bürger in bisher nicht beobachteten Dimensionen.

Die ökonomische Analyse des Kollapses ist eindeutig. The New Humanitarian⁶ dokumentierte, dass die Wiederinkraftsetzung der UN- und EU-Sanktionen im Herbst 2025 den Kollaps des Rial beschleunigte. Al Jazeera berichtete, dass die Kaufkraft der Iraner innerhalb der letzten acht Jahre um mehr als 90 Prozent gesunken ist. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei nahezu einem Fünftel und dies sind konservative Schätzungen. Die

5 <https://www.aljazeera.com/features/2026/1/16/why-is-irans-economy-failing-prompting-deadly-protests>

6 <https://www.thenewhumanitarian.org/news-feature/2026/01/29/how-economic-collapse-set-stage-iran-deadly-protests>

Die iranische Nationalflagge während der Proteste am 9. Januar 2026 in Teheran



Weltbank prognostizierte im Oktober 2025, dass die iranische Wirtschaft sowohl 2025 als auch 2026 schrumpfen werde.

Die Reaktion des Regimes war brutal. Laut der US-amerikanischen Human Rights Activists News Agency wurden bis Anfang Februar 2026 nahezu 47 000 Todesfälle dokumentiert, weitere 18 000 Fälle befinden sich in laufender Überprüfung. Die EU stuft die Islamische Revolutionsgarde am 29. Januar 2026 als terroristische Organisation ein. Die Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola, sprach die Iran-Krise auf der Münchner Sicherheitskonferenz ausdrücklich an.

Zu den prominentesten Oppositionsakteuren zählt Kronprinz Reza Pahlavi, den Foreign Policy⁷ als das „am weitesten akzeptierte Symbol“ für Irans politische Zukunft innerhalb der aktuellen Protestbewegung beschreibt. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2026 forderte Pahlavi verschärfte Sanktionen, einen Übergang des Regimes und sofortige internationale Maßnahmen und legte zugleich einen detaillierten Fahrplan für einen politischen Übergang vor. Sein im April 2025 in Washington vorgestelltes Iran Prosperity Project stellt derzeit das am strukturiertesten ausgearbeitete wirtschaftliche Wiederaufbaukonzept für ein posttransitionales Iran dar.

Europäische Entscheidungsträger müssen keinen bestimmten politischen Akteur oder Zeithorizont unterstützen, um eine klare Schlussfolgerung zu ziehen. Das Übergangsszenario ist nicht länger eine langfristige hypothetische Option, sondern eine politisch relevante Eventualität, die strukturierte Vorbereitung erfordert.

4. Warum die ökonomische Komplementarität zwischen Iran und der EU intakt bleibt

Die Wiederaufbaubedarfe einer postislamischen Republik Iran korrespondieren in bemerkenswerter Präzision mit den industriellen Kapazitäten Europas, insbesondere Deutschlands. Die Schäden an Irans Infrastruktur unter dem gegenwärtigen Regime sind nicht metaphorisch, sondern messbar und konkret.

Das Stromnetz Iran arbeitet weit unter seiner Kapazität. Viele Kraftwerke erreichen weniger als 25 Prozent Effizienz. Nahezu 40 Prozent des Gases und der Energie gehen durch veraltete und marode Netze verloren. Regelmäßige Stromausfälle

führten im Winter 2024/2025 zu Geschäftsschließungen. Gasengpässe in Größenordnungen von mehreren Hundert Millionen Kubikmetern pro Tag sind routinemäßig. Diese Probleme erfordern keine politischen Verhandlungen, sondern technische Lösungen.

Die Eisenbahninfrastruktur ist ähnlich degradiert. Wasser und Umweltversorgungssysteme stehen in mehreren Regionen vor strukturellen Herausforderungen. Die pharmazeutische und gesundheitliche Lieferkette - belastet bereits vor 2025 - wurde durch den Währungsverfall und Importrestriktionen weiter unterbrochen. Die digitale Infrastruktur Irans kann mit der gebildeten, jungen und technologieaffinen Bevölkerung nicht Schritt halten.

Deutschland ist der führende Exporteur von Maschinen und Ausrüstungen der Europäischen Union nach Iran – genau in den Bereichen, die für die Wiederherstellung des Stromnetzes, die Elektrifizierung des Schienenverkehrs, den industriellen Neustart und die Verfahrenstechnik erforderlich sind. Dies ist kein Zufall. Vielmehr spiegelt es langjährige historische Handelsbeziehungen wider, die über Jahrzehnte aufgebaut wurden und weiterhin latent bestehen, wartend auf eine rechtliche und politische Neujustierung.

Für die Europäische Union insgesamt stimmt die Sektorenstruktur von Irans Wiederaufbaubedarf nahezu vollkommen mit den Exportstärken der EU überein. Die größte aktuelle Exportkategorie der EU nach Iran ist bereits Maschinenbau und Transportausrüstung (34 Prozent des Gesamtvolumens, beziehungsweise 1,28 Milliarden Euro selbst unter Sanktionen). Chemikalien machen weitere 31 Prozent aus. Ein Wiederaufbauumfeld ohne Sanktionen würde von europäischen Unternehmen nicht verlangen, sich auf unbekanntes Terrain zu begeben, sondern erlaubte es ihnen, ihre bereits bestehenden Aktivitäten in einem Markt zu skalieren, der deren Kapazität aufnehmen kann.

7 <https://foreignpolicy.com/2026/01/16/iran-crown-prince-reza-pahlavi-protests/>

5. Das Iran Prosperity Project: Vorschläge des Wiederaufbaus Fahrplans

Das Iran Prosperity Project (IPP)⁸, entwickelt von der National Union for Democracy in Iran und unterstützt von Kronprinz Reza Pahlavi, wurde im April 2025 in Washington vorgestellt und im Juli 2025 durch ein erweitertes Emergency Phase-Dokument ergänzt. Es stellt den derzeit detailliertesten wirtschaftlichen Übergangsrahmen für eine postislamische Republik Iran dar und wurde von über 100 Beraterinnen, Beratern und Fachleuten des Sektors erarbeitet.

Das IPP ist in drei Phasen gegliedert:

Phase 1 – Notfallstabilisierung (0–180 Tage)

- Stabilisierung des Rial und Einrichtung eines Interimbudgets
- Wiederherstellung essenzieller Dienstleistungen in den Bereichen Energie, Wasser, Gesundheit und Lebensmittelversorgung
- Beginn der Trennung staatlich kontrollierter Wirtschaftsunternehmen von der Übergangsregierung

Phase 2 – Institutioneller Aufbau (2–3 Jahre)

- Ausarbeitung einer neuen Verfassung
- Etablierung demokratischer Institutionen
- Beginn der Privatisierung von IRGC- und staatlich gebundenen Wirtschaftsunternehmen
- Normalisierung des Bankwesens sowie Umsetzung von AML/CFT-Standards zur Ermöglichung internationaler Finanzkontakte

Phase 3 – Langfristiger wirtschaftlicher Wiederaufbau (ab 3 Jahren)

- Heranziehen ausländischer Direktinvestitionen
- Reintegration in globale Märkte
- Aufbau einer nachhaltigen, diversifizierten Wirtschaft mit Orientierung auf den Privatsektor

Europäische Entscheidungsträger sollten das IPP als arbeitsfähigen Rahmen begreifen, nicht als finalen Plan, und ihre eigene technische Expertise einbringen, um die Planung im Wiederaufbau in Sektoren zu vertiefen, in denen die deutschen und europäischen Kompetenzen besonders stark sind.

6. Ein Modell abgestuften Engagements

Europa muss nicht frühzeitig großvolumig investieren. Ein sequenziertes, auf Bedingungen basierendes Engagement Modell schützt europäische Interessen und ermöglicht gleichzeitig schnelle Maßnahmen, sobald der richtige Zeitpunkt gekommen ist.

Phase 1 – Stabilisierungspfad (Tage 0–180)

- Aktivierung humanitärer und handelspolitischer Kanäle für medizinische Lieferketten, Wasseraufbereitung und Ersatzteile für kritische Infrastruktur
- Einsatz schneller technischer Evaluationsmissionen (Stromnetz, Raffinerien, Häfen, Telekommunikation) auf Einladung der Übergangsbehörden
- Einrichtung früher Integritätsprotokolle für Beschaffungen – EU-Technikteams unterstützen transparente Ausschreibungsstrukturen von Beginn an

Phase 2 – Finanzierungsphase für Wiederaufbau (Monate 6–24)

- Reaktivierung von Euler-Hermes-Exportkreditgarantien unter strikten Compliance- und Beschaffungsbedingungen
- Einsatz von KfW- und DEG-Kombination Finanzierungsinstrumenten für bankfähige Infrastrukturprojekte in den Bereichen Energie, Schienenverkehr und Wasser
- Einrichtung von Sektorabkommen (Energie, Verkehr, Gesundheit) mit standardisierten Vertragsvorlagen zur Senkung der Transaktionskosten für mittelständische Unternehmen

Phase 3 – Standardisierte Integration (Jahre 2–5)

- Verhandlung von Investitionsschutzrahmen und Schiedsstandards, die mit EU-Normen kompatibel sind
- Aufbau technischer Harmonisierungspfade – Produktstandards, Sicherheitszertifizierung, Modernisierung von Zollprozessen
- Entwicklung einer EU-Iran-Handelsarchitektur, die langfristige industrielle Lieferketten unterstützt

⁸ <https://fund.nufdiran.org/projects/ipp/about-the-project/>

7. Governance-Voraussetzungen: Anforderungen an Europa

Die Unterscheidung zwischen den Governance-Fehlern des aktuellen Regimes und den Anforderungen, die eine Übergangsregierung erfüllen muss, ist nicht abstrakt. Sie entscheidet zwischen einer bankfähigen und einer nicht bankfähigen Handelsbeziehung. Europäische Entscheidungsträger sollten explizit in ihrer Verbindung sein.

Es gibt fünf Bedingungen, die Kapital in großem Umfang verfügbar machen:

1. Unabhängige Gerichte, die Handelsstreitigkeiten lösen können
2. Saubere und prüfbare Beschaffungen mit Offenlegung der wirtschaftlich Berechtigten
3. Trennung des Staates von IRGC-gebundenen Wirtschaftsnetzwerken
4. Glaubwürdige Umsetzung von AML/CFT-Standards und Bankentransparenz im Einklang mit FATF-Normen
5. Investitionsgesetzgebung, die Schiedsverfahren ermöglicht, stabile steuerliche Rahmenbedingungen garantiert und Gewinnrückführungsrechte sicherstellt

Die zeitliche und konditionale Staffelung von Sanktionserleichterungen ist von entscheidender Bedeutung. Genau dies ist die Voraussetzung, die jeder kommerzielle Kreditgeber, jede Exportkreditagentur und jeder institutionelle Investor erfüllt sehen muss, bevor er sich auf mehrjährige kapitalintensive Projekte einlässt. Zugleich handelt es sich um Bedingungen, die von einer Regierung mit entsprechendem politischen Gestaltungswillen grundsätzlich realisierbar sind.

Die Sequenzierung der Aufhebung der Sanktionen ist von entscheidender Bedeutung. Genau dies ist die Voraussetzung, die jeder kommerzielle Kreditgeber, jede Exportkreditagentur und jeder institutionelle Investor benötigt, bevor Ressourcen in mehrjährige Kapitalprojekte gebunden werden. Gleichzeitig handelt es sich um realisierbare Bedingungen für eine Regierung, die den politischen Willen besitzt, diese umzusetzen.

8. Konkrete Empfehlungen für Berlin

Die folgenden Maßnahmen sind bereits vor einem politischen Übergang realisierbar und würden die Reaktionszeit erheblich verkürzen, sobald Investitionen und Handel zwischen den Parteien wieder möglich werden.

Für die Bundesregierung Deutschlands (BMWK/ BMWi / Auswärtiges Amt):

- Durchführung einer Sektorstudie durch das BMWK, die die industriellen Kapazitäten Deutschlands mit Irans vorrangigen Wiederaufbaubedürfnissen abgleicht — insbesondere Stromnetze, Eisenbahn, Wasserinfrastruktur, Chemie und Pharmazie.
- Beauftragung von Euler Hermes (Allianz Trade) mit der Erstellung eines Entwurfs für ein Exportkreditgarantie Programm für ein Postsanktions-Iran, inklusive Compliance-Architektur und Governance-Kriterien.
- Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe BMWK– Auswärtiges Amt zur wirtschaftlichen Bereitschaft für Iran, modelliert nach der Planungsarchitektur für den Wiederaufbau in der Ukraine.
- Information des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft und relevanter Mittelstandverbände über die sich abzeichnenden Chancen, sodass Unternehmen bereitstehen, sobald die rechtlichen Rahmenbedingungen dies erlauben.

Für die Europäische Kommission und den Rat:

- DG Handel sollte ein vorläufiges Iran-Handelsrahmendokument erstellen — vergleichbar mit den Planungsdokumenten für andere Übergangswirtschaften —, das rechtliche Instrumente, Investitionsschutz und Vergabestandards abdeckt.
- Der Rat sollte eine formelle Roadmap zur Sequenzierung der Aufhebung der Sanktionen beschließen, die die wirtschaftliche Öffnung an messbare Governance-Meilensteine knüpft, um improvisierte Debatten unter politischem Druck zu vermeiden.
- Die Europäische Investitionsbank und der Europäische Investitionsfonds sollten mit der Entwicklung einer vorgefertigten Mischfinanzierungs-Fazilität für die Infrastruktur in Iran beauftragt werden, die für eine schnelle Umsetzung bereitsteht.
- DG NEAR der Kommission, das über Erfahrung in Partnerschaften mit Übergangswirtschaften verfügt, sollte von Beginn an in die Planung eingebunden werden.



9. Die strategische Argumentation

Die Begründung für eine Vorbereitung ist nicht ausschließlich kommerzieller Natur. Irans geographische Lage am Schnittpunkt von Zentralasien, Golfregion, Kaukasus und Levante macht es zu einem der strategisch bedeutendsten Länder in der erweiterten Peripherie der Europäischen Union. Ein wirtschaftlich integriertes Iran, das sich dem Rechtsstaat verpflichtet und nicht aktiv Instabilität exportiert, würde die sicherheitspolitische Kalkulation Europas in einer Region verbessern, in der die EU derzeit über begrenzten positiven Einfluss verfügt.

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2026 sprach Kronprinz Pahlavi die europäischen Führungspersonlichkeiten direkt an und bemerkte, dass ein freies Iran, das Europa mit seinem Energiebedarf versorgen könnte, eine Alternative zu der derzeitigen Abhängigkeit von Russland darstelle. Dies ist keine marginale Beobachtung: Iran verfügt über die zweitgrößten nachgewiesenen Erdgasreserven weltweit. Ein posttransitionales Iran, das sich auf europäische Märkte ausrichtet, würde eine strukturelle Diversifizierung der europäischen Energieversorgung darstellen, die kein anderes Land in gleicher Weise bieten kann.

Für Deutschland verstärkt sich das strategische Interesse durch die kommerziellen Faktoren. Deutschland ist bereits der größte Handelspartner Irans innerhalb der EU. Die tief verwurzelten historischen Handelsbeziehungen, insbesondere in den Bereichen Maschinenbau, Chemie und Transport bedeuten, dass deutsche Unternehmen nicht bei null beginnen, sondern bestehende Beziehungen fortführen können, die durch die Sanktionen unterbrochen wurden.

Die Staaten und Unternehmen, die in einem posttransitionalen Iran mit einer vorbereiteten Strategie, vorqualifizierten Lieferantenpools, Compliance-Handbüchern und Finanzierungsstrukturen eintreten, werden das Ergebnis des Wiederaufbaujahrzehnts entscheidend prägen. Unvorbereitete Akteure werden lediglich von der Seitenlinie aus beobachten, während andere aktiv werden.

Schlussfolgerung

Unter der Islamischen Republik können Deutschland und Europa nicht in großem Maßstab Handel betreiben, strategische Investitionen nicht rechtfertigen und keine standardbasierten Handelsbeziehungen aufbauen, die langfristigen Interessen dienen. Die rechtlichen, finanziellen

und reputativen Restriktionen sind strukturell und haben sich seit September 2025 erheblich verschärft.

Was sich nicht geändert hat, ist die zugrunde liegende Logik: Irans Wiederaufbaubedarf stimmt mit den industriellen und regulatorischen Stärken Europas in ungewöhnlicher Präzision überein. Eine posttransitionale Regierung, die Governance-Reformen, transparente Beschaffung, finanzielle Normalisierung und Investitionsschutz umsetzt, würde die praktischen Kanäle für Handel und Investitionen öffnen, die durch Sanktionen blockiert sind — ohne dass Europa systemisches, rechtliches oder politisches Risiko übernehmen müsste.

Die Planung sollte jetzt beginnen. Berlin sollte die Initiative übernehmen. Das Zeitfenster, wenn es sich öffnet, wird nicht ewig bestehen.

Zentrale Referenzen und weiterführende Analysen

- [EU Council: Iran Sanctions Snapback, September 2025](#)
- [EU Council: New Sanctions on Human Rights & Russia Support, January 2026](#)
- [European Commission DG Trade: EU-Iran Trade Relations](#)
- [Destatis: German Exports to Iran, Jan–Feb 2024](#)
- [Euronews: EU Condemns Iran Crackdown — Trade Data, January 2026](#)
- [Iran Prosperity Project — Emergency Phase Document](#)
- [Foreign Policy: Crown Prince Reza Pahlavi and the Protests](#)
- [Iran International: Pahlavi at Munich Security Conference, February 2026](#)
- [Al Jazeera: Why Is Iran's Economy Failing?](#)
- [UK House of Commons Library: Iran Challenges 2026](#)
- [Covington & Burling: Reimposition of Iran Sanctions](#)
- [Middle East Forum: Iran Prosperity Project Energy Analysis](#)





Krise als Schicksal: Alles bereit für Garnisonsstaaten



Dr. Nima Ghasemi

hat seine Promotion in westlicher Philosophie an der Universität Tehran abgeschlossen. In seiner Dissertation befasste er sich mit der Mythologie Ernst Cassirers und untersuchte die komplexen Wechselwirkungen zwischen Kultur und Politik. Zudem war er sechs Monate lang als Forscher am Institut für die Edition der Werke Ernst Cassirers tätig, das zur renommierten Humboldt-Universität zu Berlin gehört.

Die charakteristischste Eigenschaft moderner Waffensysteme besteht in ihrer operativen Reichweite und Zielgenauigkeit, die es ihnen ermöglicht, nahezu jeden Punkt im rückwärtigen Operationsgebiet sowie innerhalb urbaner Räume anzugreifen. Insbesondere die Fähigkeiten luftgestützter Waffensysteme führen dazu, dass das Gefährdungspotenzial für die zivile Bevölkerung in einem Maße ansteigt, das demjenigen der an der Front eingesetzten Kombattanten entspricht.

Diese strukturelle, wenngleich subtile Verschiebung der Gefährdungsarchitektur veranlasst Harold D. Lasswell in seinem klassischen Aufsatz *The Garrison State* zur These, dass das Aufkommen des Garnisonsstaates wesentlich ein Phänomen der Moderne sei. Zwar existieren Vorformen des allgemeinen Herrschaftsprinzips des „Einschüchterns und Regierens“ bereits in vormodernen politischen Ordnungen; jedoch wird dieses Prinzip erst durch moderne, mit hochentwickelten militärtechnologischen Kapazitäten ausgestattete Staaten in systematischer, flächendeckender und erheblich gesteigerter Effektivität zur Anwendung gebracht.

Der 1941 veröffentlichte Aufsatz von Harold D. Lasswell entstand noch vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs und reagierte auf das politische Klima der Vereinigten Staaten sowie der westlichen Gesellschaften jener Zeit. Da luftgestützte Waffensysteme und fernwirksame Massenvernichtungswaffen zu diesem Zeitpunkt noch weitgehend im Monopol hochentwickelter westlicher Staaten lagen, zog Lasswell nicht in Betracht, dass eine spätere Revision einzelner Elemente seines außergewöhnlichen politischen Konzepts erforderlich werden könnte.

Der Staat Nordkorea, ausgestattet mit weitreichenden Langstreckenraketen und nuklearen Gefechtsköpfen, stellt inzwischen ein klassisches Gegenbeispiel dar. Pakistan, als Islamische Republik und nuklear bewaffnet, verfolgt zwar keine explizit antiwestliche Politik; gleichwohl kann es als politisches System mit latenter Islamisierungstendenz ein weiteres Gegenbeispiel bilden. Derselbe Staat wäre zudem in der Lage, im Kontext langjähriger geopolitischer Spannungen mit Indien innerhalb der eigenen Gesellschaft einen Garnisonsraum zu erzeugen.

Die Islamische Republik Iran hat seit dem Zeitpunkt ihrer Machtübernahme de facto einen Garnisonsraum etabliert und die iranische Gesellschaft, die sich auf dem Pfad der Entwicklung befand, durch die ständige Angst vor dem Ausbruch eines Krieges gelähmt. Dieser Krieg fand in den ersten Jahren tatsächlich statt, und zwar gegen den Irak

unter der Herrschaft von Saddam Hussein. Doch selbst nach Beendigung dieses Krieges verschwand der Schatten eines umfassenden Konflikts niemals aus der iranischen Gesellschaft.

Denn obwohl die neuen Machthaber, ausgestattet mit einer aggressiven schiitischen Ideologie, nie auf den Ausbruch eines echten Krieges abzielten, musste für die Erzeugung von Angst zu politischen Zwecken weder Krieg noch Frieden, sondern ein Zustand zwischen beiden zu einem dauerhaften und chronischen Normalzustand werden. Dies ist ihnen erfolgreich gelungen, und jede vorübergehende oder kurzfristige militärische Auseinandersetzung, wie der Zwölf-Tage-Krieg, den Israel gegen sie begann, unterstützt ihre Hauptpolitik, solange sie nicht zu ihrem Sturz führt. Diese Politik lässt sich in einem Satz zusammenfassen: die Umwandlung von „Verteidigung“ in eine Ideologie und von „Widerstand“ in eine Lebensweise.

Wenn die Bürger Angst empfinden, bestimmt die Logik ihres politischen Verhaltens auf ein Minimum die Priorität der „Sicherung der Sicherheit“. Viele Entwicklungsfaktoren, insbesondere solche, die das Ziel eines sich entwickelnden politischen Lebens darstellen, entstehen unter sicheren oder relativ sicheren Bedingungen. Menschen äußern ihre Meinung frei und schaffen so das soziale Fundament für die Verwirklichung demokratischer Strukturen, wenn sie sich sicher fühlen. Reformen im Bereich der Infrastruktur, einschließlich geschlechtsspezifischer Reformen, werden nur unter solchen Bedingungen in Angriff genommen. Ausländische Investitionen setzen ebenfalls diese Bedingungen voraus. Mit einem Satz zusammengefasst: Entwicklung ist nichts anderes als die Erfüllung höherer Bedürfnisse der Bürger, die erst dann



24. Februar 2026, eine Duschka gegenüber der Universität Teheran in Stellung.



relevant werden, wenn die unteren Schichten der Maslowschen Bedürfnishierarchie — insbesondere die Sicherheit — im Vorfeld gewährleistet sind. Fehlt diese Sicherheit, akzeptiert der Bürger selbst die eingeschränkten Handlungsspielräume, die Selbstzensur und unterstützenden Maßnahmen des Staates in sämtlichen Bereichen, einschließlich der Wirtschaft. Jede Form von risikoreichem Handeln, die auf den Tugenden „Mut“ und „Ehrlichkeit“ beruht, tritt hier in den Hintergrund und wird durch übertriebenen Konservatismus sowie Resignation ersetzt.

Dementsprechend ist das Einschüchtern der Bevölkerung eine politisch kluge Strategie für jede Regierung, die „Entwicklung“ als entgegen ihrer eigenen Interessen bewertet. Denn unter diesen Bedingungen gehen die Menschen selbst auf das Regime zu und akzeptieren Despotismus sowie Intransparenz. Anstatt von ihren Verantwortlichen und Repräsentanten die Erfüllung höherer Bedürfnisse einzufordern, wenden sie sich zur Gewährleistung ihrer Sicherheit an die Behörden — bezeichnenderweise umso mehr an jene, je autoritärer und einschüchternder sie erscheinen.

Die Herrschaft des Schreckens setzt, in der treffenden Formulierung Harold D. Lasswells, die Experten der Gewalt über die Experten des Dialogs und der Verhandlung und belebt deren „Markt“. Niemand beachtet mehr, dass gerade diese Gewaltfachleute mit ihrer „Mehrschichtenstrategie“ die Inszenierung dieser hässlichen Realität entworfen haben. Unter diesen Bedingungen erlangt das rückläufige und selbstunterdrückende Verhalten der Bürger eine „legitime Logik“ — die legitime Logik der Sicherung von Sicherheit.

Der Krieg zwischen Russland und der Ukraine dauert inzwischen über vier Jahre an, ohne dass eine der beiden Konfliktparteien zu einem entscheidenden Ergebnis gelangt ist. Ungeachtet dessen, was der ukrainischen Bevölkerung widerfahren ist, stellt Russland selbst einen Faktor dar, der geeignet ist, die „Krise“ in einen dauerhaften oder langfristigen Zustand für Europa zu überführen. Nach einem Bericht von Sky News erklärte am 16. Dezember 2025 Sir Richard Knighton, Chief of the Defence Staff, dass die gegenwärtige Lage ernster sei als jede Phase während seiner bisherigen Dienstzeit. Er betonte, dass die britische Jugend vorbereitet sein müsse, ihre Rolle im Angesicht der russischen Bedrohung zu übernehmen.¹

Der Generalstabschef der britischen Streitkräfte bezog sich

dabei auf sicherheitspolitische Äußerungen der französischen Militärführung, die im November 2025 die Einführung eines neuen nationalen Militärdienstes ankündigte, um die Verteidigungsfähigkeit Frankreichs angesichts der wahrgenommenen Bedrohung durch Russland zu stärken.²

Auf diese Weise werden größere Teile der Welt Zustände erfahren, die in anderen Regionen längst zu einer politischen Norm geworden sind: ein Leben in einem geschlossenen Kreis, in einer Schleife; die ständige Bedrohung, politische Repräsentanten zu verlieren, die in der Lage wären, greifbare Krisen durch administratives Planen zu bewältigen. Das Aufkommen von Akteuren, die sich an monotonen, wiederkehrenden Machtspielen erfreuen und jede Gelegenheit zur Bereicherung als Chance zählen. Die Krise verwandelt sich allmählich in Schicksal.

Erstaunlich ist, dass Laswell bereits vor rund achtzig Jahren in seiner Analyse der Garnisonsstaaten schrieb: Selbst unter der Herrschaft eines Garnisonsstaates, in dem Kampfhandlungen — insbesondere militärische Operationen und Krieg — derart glorifiziert und mit ideellem wie propagandistischem Aufwand unterstützt werden, benötigt selbst der Kämpfer — zusätzlich zum normalen Bürger — eine psychologische Barriere gegen die Angst vor Tod und schweren Verletzungen; folglich wird das politische Handeln zunehmend zu einer Art Inszenierung.

„Die Neigung zur Wiederholung, als ein Mittel zur Verringerung von Feigheit und Furcht, wird kraftvoll durch erfolgreiche Wiederholung verstärkt, da das Individuum ein dringendes Bedürfnis nach allem verspürt, was geeignet erscheint, Selbstbeherrschung und innere Ruhe zu stabilisieren. Selbst jene, die ihre Angst vor dem Tod bewusst leugnen, offenbaren womöglich ihre tief verwurzelte unbewusste Furcht durch das Interesse, das sie an Zeremonien und Ritualen zeigen.“ (Garrison State, Lasswell, 1941, S. 466)

Biologische Waffen, die sogar ohne jeglichen ohrenbetäubenden Knall eingesetzt werden können, Cyberkriege, die bereits begonnen haben und sich weiter ausdehnen können, sowie Waffen, deren Erfindung oder Entwicklung möglicherweise bald angekündigt werden, deren Besitz nicht notwendigerweise an wirtschaftliche oder technologische Entwicklungsgrade gebunden ist, machen eine erneute Bezugnahme auf Lasswells Konzept des „Garnisonsstaates“ erforderlich und verlangen nach einer aktualisierten Fassung dieses Konzepts.

1 <https://news.sky.com/story/uks-sons-and-daughters-need-to-be-ready-to-fight-amid-growing-russian-threat-says-head-of-armed-forces-13483860>

2 <https://news.sky.com/story/france-reveals-new-national-military-service-amid-fears-of-russian-threat-13476148>

Themendossier zum **SÄKULARISMUS** im **IRAN**



Sommer 2025
ISSN 1695-8797

IRAN
im
DISKURS

Themendossier zum
SÄKULARISMUS
im **IRAN**

Regionale und internationale Entwicklungen; Irans
Verwundbarkeit und Isolation;
Vorwärts in Richtung Schwarzes Loch
Der Untergang der Islamischen Republik im Spiegel
militärischer Krisen
Die konstitutionelle Monarchie als Garant für die
Bewahrung eines säkularen Staatswesens im Iran.
Entmythologisierung des säkularen Mossadegh

Iranische Literatur-Forum e.V.



www.irandiskurs.de



irandiskurs
irandiskurs
<https://irandiskurs.de>

